Mittwoch, den 11. Juni 1924. Einzelnummer 10 Goldpfennige 35. Jahrgang. — Nr. 134

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,46 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 30 Pf., auswärts 45 Pf. Stellenangebote 8 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 5 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Millerand tritt zurück.

Mißerfolg seines Beauftragten Marsal in Kammer und Senat. Für die Präsidentschaft kandidieren Painlevé und Doumergue.

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **Am Dienstag nachmittag stellte sich die Regierung Marsal der Kammer mit einer kurzen Erklärung vor. Sie betont einleitend, daß das Kabinett nur konstituiert sei zu dem Zweck, dem Parlament die Möglichkeit zu geben, zu der Debatte konstitutioneller Natur Stellung zu nehmen, die seit einigen Tagen im Parlament geführt werde. Das neue Ministerium habe unter diesen Umständen auf die Aufstellung eines eigenen Regierungsprogramms verzichtet. Wenn das Parlament die in der Botschaft des Präsidenten formulierten Prinzipien nicht billige, werde das neue Ministerium dem Präsidenten von dem Scheitern seiner Mission Mitteilung machen, und dieser werde daraus die Konsequenzen ziehen.**

In der Botschaft des Elysée, die dann zur Verlesung gelangt, wird ein sehr hoher Ton angeschlagen. Millerand erinnert daran, daß er mit 685 Stimmen zum Präsidenten gewählt worden sei und bereits damals erklärt habe, daß er nur in das Elysée gehe, um „eine nationale Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und der Einheit zu verteidigen". Diese Politik wird anschließend im einzelnen dargelegt, und dann behauptet Millerand, die Prinzipien, die er sich damals zum Ziel gesetzt habe, getreulich innegehalten zu haben, obwohl das Land am 11. Mai keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß es darüber wesentlich anderer Auffassung ist als er selbst. Die Botschaft weist schließlich darauf hin, daß der Präsident vom Parlament nur bei Hochverrat zur Verantwortung gezogen werden könne und die Verfassung die Amtsdauer des Präsidenten auf sieben Jahre festgesetzt habe, um sie den wechselnden Strömungen der Tagespolitik zu entziehen. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Parlament die Verfassung respektieren werde. Wenn das nicht der Fall sein sollte, wenn die Entscheidung dahin fallen sollte, daß der Urteilsspruch einer Mehrheit künftig genügen sollte, den Präsidenten zu zwingen, aus politischen Gründen abzudanken, so würde damit der Präsident zum Spielball in der Hand der Parteien werden. (Bekanntlich warf die Linke ihrerseits Millerand Verfassungsbruch für seine Amtsführung vor. Red.) Die Beschlüsse der Mehrheit nennt die Botschaft revolutionär: „Gefährliche Ratgeber bemühen sich, im Paretiinteresse dahin zu wirken, daß die neue Legislaturperiode mit einem revolutionären Akt beginne. Die Kammer wird es ablehnen, ihnen zu folgen. Der Senat aber, getreu seiner Tradition, wird, wie er es stets in schwierigen Situationen gewesen ist, auch diesmal wieder der sichere Hort der Verfassung bleiben."

Noch bevor Marsal die Botschaft des Elysée verlesen hatte, wurde von dem Kartell der Linken folgender gemeinsamer Antrag eingebracht: „Die Kammer, entschlossen, in keinerlei Beziehungen zu einem Ministerium zu treten, dessen Zusammensetzung eine Negation der Rechte des Parlaments ist, lehnt die verfassungswidrige Debatte die man ihr aufzwingen will, ab und beschließt, jede Diskussion zu vertagen bis zu dem Zeitpunkt, da sich ihr ein in Uebereinstimmung mit dem souveränen Willen des Landes konstituiertes Ministerium präsentieren wird."

Die Taktik der Linken hat das parlamentarische Manöver, mit dessen Hilfe Millerand seine Position retten zu können geglaubt hatte, durchkreuzt. Vom Elysée aus war bereits seit Tagen alles versucht worden, den Fall Millerand, der von Anfang an ausschließlich eine Personenfrage war, zu einer Verfassungskrise aufzubauschen. Ganz in diesem Sinne ist auch die Botschaft des Präsidenten an die beiden Kammern gehalten. Man hatte dadurch gehofft, einige schwankende Elemente auf dem rechten Flügel der Mehrheit sowohl in der Kammer wie im Senat zum Abfall zu bringen, und dieses Manöver sollte unterstützt werden durch zwei Interpellationen, die im Senat Herr Cheron, in der Kammer Herr Reibel, beide Mitglieder des ersten Kabinetts Poincaré, eingebracht hatten. In der Kammer hatte die Linke durch Eingabe des mitgeteilten Antrags die Diskussion über diese Interpellationen verhindert, da nach der Geschäftsordnung zunächst über diesen Antrag abgestimmt werden muß. Herr Reibel hat sich zwar die ihm offengelassene Möglichkeit, zu dem Antrag der Linken zu sprechen, zunutze gemacht, aber die ganze Debatte hat damit einen völlig anderen Charakter erhalten. Nach ihm nahm nochmals der neue Ministerpräsident Marsal das Wort. Ihm folgten noch die Kommunisten durch den Abgeordneten Jean. In namentlicher Abstimmung wurde darauf der Vertagungsantrag der Linken mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist die Ministerkrise eröffnet.

Der Senat hat nach der Verlesung der Botschaft des Elysées und der Regierungserklärung mit 154 gegen 144 Stimmen die Vertagung der von dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Cheron eingebrachten Interpellation beschlossen. Dieser Beschluß bedeutet, daß der Senat das Votum der Kammer abwarten und es auf keinen Fall zu einem Gegensatz zwischen sich und der Kammer kommen lassen will.

* * *

Paris, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **Nachdem die Kammer heute abend um 7¼ Uhr den Vertagungsantrag Herriot-Blum mit 329 gegen 214 Stimmen angenommen hatte, begaben sich die Minister unter Führung des Ministerpräsidenten Marsal zu Millerand. Marsal überreichte dem Präsidenten das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts. Millerand erklärte jedoch, er werde selbst zurücktreten und verfassungsgemäß habe das Kabinett bis nach der Präsidentenwahl die Macht auszuüben. Er werde morgen, Mittwoch, dem Ministerpräsidenten sein Demissionsschreiben übergeben, das dieser vor der Kammer und dem Senat verlesen solle. Ueber die Aussichten der neuen Präsidentschaftskandidaten bestehen einstweilen nur Kombinationen, die der Zuverlässigkeit entbehren. Painlevé dürfte im ersten Wahlgang in der Nationalversammlung vielleicht noch nicht die absolute Stimmenmehrheit erhalten. Im zweiten Wahlgange hat Doumergue günstige Aussichten, vorausgesetzt, daß er sich überhaupt aufstellen läßt; andernfalls wäre mit einem Außenseiter zu rechnen.**

(Senatspräsident Doumergue ist ein gemäßigter bürgerlicher Demokrat; Professor Painlevé ein führender Vertreter der äußersten bürgerlichen Linken und Präsidentschaftskandidat auch der Sozialisten. Red.)

Englische Neuwahlen noch in diesem Jahre?

London, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Manchester Guardian" schreibt: Bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage, wo eine Minderheitsregierung lediglich von dem Willen einer Opposition abhängt, ist es nicht verwunderlich, wenn man bereits jetzt von den kommenden allgemeinen Wahlen spricht. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß diese im November dieses Jahres stattfinden werden. Auf jeden Fall ist dieses Datum von den Ministern selbst in Aussicht genommen, wenn nicht direkt beabsichtigt.

Fortsetzung der deutsch-russischen Verhandlungen.

Die russische Antwortnote ließ nach Auffassung der Berliner politischen Kreise dem Inhalt und der Form nach die Möglichkeit weiterer Verhandlungen über die Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalles offen. Diese Verhandlungen werden, wie der Ost-Expreß erfährt, zunächst in Berlin wie in Moskau durch mündliche Besprechungen weitergeführt, um nicht lediglich den schwerfälligen Weg des Notenwechsels zu beschreiten. Die Entscheidung wird jedoch in Moskau fallen, wo die Verhandlungen deutscherseits in den Händen des russenfreundlichen Botschafters Grafen Brockdorff-Rantzau liegen.

Die Zweideutigkeit der Deutschnationalen.

Wulle kritisiert sie.

Die Nationalsozialisten haben bisher gegenüber den taktischen Kreuz- und Querspringen ihrer deutschnationalen Nachbarn eine auffällige Zurückhaltung an den Tag gelegt. Jetzt erst tritt Herr Wulle in seinem „Deutschen Tageblatt" ein wenig aus der Reserve, bleibt aber immer noch recht behutsam. Nachdem er dem Grafen Westarp einige Artigkeiten gesagt, fährt er fort:

Eins gelang ihm allerdings nicht, nämlich die zweideutige Stellung der Deutschnationalen in der Frage des Sachverständigen-Gutachtens und auch in der Frage der Regierungsbildung zu klären und zu rechtfertigen. Es war ziemlich erschütternd, als der sozialistische Redner, Herr Löbe, die innere Zwiespältigkeit der Deutschnationalen Volkspartei an der Hand von Zeitungsäußerungen nachwies, worauf die Deutschnationalen beim besten Willen nichts erwidern konnten. Wir betrachten die Dinge nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus, und so müssen wir sagen, daß die Haltung dieser Partei in diesen Fragen ein schwerer Schaden für das deutsche Volk gewesen ist. Die mehr als 6 Millionen Wähler der Deutschnationalen haben gegen das Sachverständigen-Gutachten gestimmt, ihre Hoffnungen sind nicht erfüllt worden, die Fraktion hat sich grundsätzlich auf die schiefe Ebene begeben, und Graf Westarp unterstrich wiederholt, daß man in die Regierung hineinwolle, die doch nur mit den Mittelparteien zu bilden ist. . . . Ich fürchte, daß die Deutschnationale Volkspartei nur sehr widerwillig von einer Beteiligung an der Regierung abgesehen hat und in Bälde den bereits begonnenen Abmarsch zur bürgerlichen Mitte fortsetzen wird.

Inzwischen hat sich Graf Westarp der engen „Tuchfühlung" gerühmt, die zwischen seiner Partei und jener Wulles besteht, und er hat das große Projekt veröffentlicht, durch Koalierung der Hakenkreuzler mit dem Zentrum und der Volkspartei eine tragfähige Mehrheit für eine Tirpitz-Regierung zu schaffen. Allerdings ist kaum anzunehmen, daß die Wünsche der Nationalsozialisten nach der gleichen Richtung gehen. Diesen kommt es vielmehr darauf an, auch für ihren nächsten Putsch die Bundesgenossenschaft der Deutschnationalen zu erhalten. Daher der milde Ton des Herrn Wulle und seine zärtliche Sorge.

Der volkswirtschaftliche Schaden der Valutaspekulation unserer Unternehmer.

In maßgebenden Finanzkreisen werden die effektiven, d. h. die von Deutschland tatsächlich an das Ausland abzuführenden Verluste der deutschen Wirtschaft in der Francspekulation auf 300 Goldmillionen geschätzt. Damit hat unsere Privatwirtschaft Summen verspielt, die ungefähr 50 Prozent der gesamten jährlichen Jahresverpflichtungen aus den Abmachungen von Cannes ausmachen.

Zum sozialdemokratischen Parteitag.

Im Berliner Landtagsgebäude wird heute der erste Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei nach dem kurzen, mit Debatten nicht belasteten Nürnberger Einigungs-Feiertage eröffnet. Ursprünglich vom Parteivorstand schon vor einigen Monaten angesetzt, wurde dieser Parteitag im Gegensatz zu den Demonstrationskongressen anderer Parteien bis zum jetzigen Zeitpunkt nach der Wahl verschoben. Das zeigt schon, daß hier keine demonstrative Parade unserer Organisation, sondern vielmehr eine innere Klärung und Sammlung der Kräfte und Ideen in unsere Bewegung stattfinden soll. Unsere Parteigeschichte lehrt uns, daß wir gerade für Zeiten des Aufstiegs unserer Bewegung eine solche Klärung brauchen und daß eine Bewegung von so lebendiger Kraft wie die unserige sich auch nicht scheuen darf, ihr inneres geistiges Ringen der Oeffentlichkeit darzulegen. Eine Partei von über einer Million zahlender und mitbestimmender Mitglieder kann anders als öffentlich ja überhaupt nicht leben.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, bei denen die Gegensätze der taktischen Auffassungen sich wohl am deutlichsten abheben werden. Die politische Entwicklung der letzten Monate dürfte aber hier schon einen Teil der Klärung vorweggenommen haben. Den Eintritt der Sozialdemokratie in eine Koalitionsregierung im Reiche befürwortet nach der Verschiebung der Mandatsziffer durch die Wahlen und nach der Annahme der Erfüllungspolitik durch alle bürgerlichen Mittelparteien in der jetzigen Lage wohl niemand mehr. Den Austritt aus der preußischen Koalitionsregierung mit ihren anderen Voraussetzungen und den entsprechenden Früchten der Arbeit Severings gegen die Verbayerung Norddeutschlands haben wir andererseits seit langer Zeit auch von keinem noch so radikalen Taktiker empfohlen gefunden. So wird der Hauptstreitpunkt wohl der leidige Koalitionsstreit in Sachsen bleiben, wo die Mehrheit der Fraktion bekanntlich im Gegensatz zur Mehrheit des Landesausschusses steht. Hier weist unter vielen Anträgen wohl den besten Weg ein Breslauer Vorschlag, der die Fraktionen in der Koalitionsfrage an zustimmende Gutachten der Reichs- oder Landesvorstände bindet. Das ist weniger schwerfällig als die in anderen Anträgen geforderte alleinige Entscheidung von Parteitagen und andererseits besser gegen nur parlamentarische Stimmungen gesichert wie das ebenfalls vertretene Alleinbestimmungsrecht der Fraktionen.

Von praktischer Bedeutung auf lange Zeit hinaus wird die Schaffung des neuen Organisationsstatutes sein, die diesem Parteitage obliegt. Hier handelt es sich nicht um technische Verwaltungsfragen, sondern um die Lösung von Problemen der politischen Führung. Die Zahl der Abänderungsanträge zu dem von Lipinski-Leipzig zu vertretenden Statutenentwurf ist außerordentlich groß und zeigt die langjährige Schulung und das lebendige Interesse für diese Fragen. Auch hier leisten Breslauer Anträge, wie wir glauben, gute Vorarbeit, indem sie den Unterorganisationen feste Arbeitskreise unter selbständiger Verantwortung zuweisen, deren einheitliche Abgrenzung aber dem Parteivorstand überlassen.

Von programmatischen Fragen wird das Agrarproblem diesmal einen breiten Raum beherrschen, dessen theoretische Erörterung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ja anerkanntermaßen die Landwirtschaftswissenschaft und die Nationalökonomien weit über Deutschland und weit über die sozialistischen Kreise hinaus immer wieder neu angeregt und befruchtet hat. Der Vorteil gegenüber früheren Debatten wird diesmal darin liegen, daß die Partei seit der Staatsumwälzung zum ersten Male auch praktische agrarpolitische Erfahrungen und nicht nur das technische Urteil einzelner Landarbeiter und Landarbeiterführer mitverwerten kann. Die theoretischen Gegensätze in der Frage von Groß- und Kleinbetrieb usw. werden vor den praktischen Aufgaben der Gegenwart wohl auch ein ganz anderes Gesicht gewinnen als früher, während andererseits die theoretische Arbeit der Vergangenheit vor der Verflachung in die Empfehlung bloßer Teilreformen als Allheilmittel schützt.

Nicht weniger Anträge halten auch die andern programmatischen Grundfragen sozial-

demokratischer Politik bereits zu neuer Formulierung reif.

Verschiedene Anträge von Organisationen mit sehr unterschiedlicher politischer Grundstimmung verlangen die Einsetzung neuer Programmkommissionen oder wenigstens die Aufstellung eines neuen Aktionsprogramms, ferner grundsätzliche Erörterungen über die Stellung zum Staat, zur Nation, zur Internationale. Hier scheint uns ein Leipziger Antrag das Richtige zu treffen, der zunächst das Nürnberger Aktionsprogramm in Kraft lassen will, um 1925 an die Beratung des neuen Parteiprogramms zu gehen. Wir halten es dabei nicht einmal für notwendig, daß dann das Programm bereits auf einem Parteitage fertiggestellt wird. Auch das Erfurter Programm ist nicht aus den Debatten eines Jahres entstanden. Diesmal spricht der führende Theoretiker der Partei, Genosse Dr. Hilferding — anscheinend, weil das vor den Wahlen so festgesetzt war — über „Die Reichstagswahlen". Er dürfte schon bei dieser Gelegenheit so etwas wie ein theoretisch formuliertes praktisches Aktionsprogramm für die allernächste Zeit geben. Wenn dann der nächste Parteitag in die letzten Fragen grundsätzlicher politischer Einstellung hineinführt, so wird damit auf jeden Fall die Programmdebatte wieder in Fluß kommen und die theoretische Erörterung damit wieder engen Zusammenhang mit der Tagespolitik finden. Das scheint uns zunächst das dringendste Erfordernis zu sein.

Ein Breslauer Antrag lädt den Parteitag für das nächste Jahr nach Breslau ein. Möge der Berliner Parteitag diesen Antrag annehmen und zugleich durch Ueberwindung der taktischen Gegensätze und Hinwendung zu den grundsätzlichen Fragen des Sozialismus dafür vorsorgen, daß der nächste, der Breslauer Parteitag, wieder ein Tag der Sammlung, nicht nur für die Tageskämpfe, sondern für die weltgeschichtliche Mission des Sozialismus wird.

—m.

Die Sozialdemokratie in den Ausschüssen.

In den Ausschüssen des Reichstages wird die sozialdemokratische Fraktion folgendermaßen vertreten sein:

Ueberwachungsausschuß: Henke, Dr. Hertz, Vogel, Dr. Braun-Franken.

Auswärtiger Ausschuß: Hermann Müller, Wels, Scheidemann, Dr. Hilferding, Breitscheid, Dittmann; als Vertreter: Crispien, Frau Sender, Bernstein, Stampfer, Sollmann, Dr. Braun-Franken.

Geschäftsordnungsausschuß: Dittmann, Löbe, Hildenbrand, Dr. Levi, Dr. Rosenfeld, Feldmann.

Petitionen: Kirschmann, Dr. Leber, Nowack, Schumann-Stettin, Seidel, Frau Nemitz.

Reichshaushaltsausschuß: Hermann Müller, Bauer, Heimann, Frau Bohm-Schuch, Taubadel, Hoch.

Steuerfragen: Dr. Hilferding, Dr. Hertz, Keil, Simon-Schwaben, Peine, Hartleib.

Rechnungen: Passehl, Hartleib, Simon-Schwaben.

Volkswirtschaft: Simon-Franken, Robert Schmidt, Georg Schmidt, Dißmann, Krätzig, Frau Sender.

Soziale Angelegenheiten: Hoch, Karsten, Frau Schröder, Aufhäuser, Frau Nemitz, Janschek.

Bevölkerungspolitischer Ausschuß: Frau Agnes, Frau Schröder, Kunert, Dr. Quessel, Frau Bohm-Schuch, Sollmann.

Wohnungswesen: Silberschmidt, Hüttmann, Sollmann, Hünlich, Lipinski, Frau Bartels.

Bildungsausschuß: Schreck, Hoffmann-Kaiserslautern, Fleißner, Crispien, Frau Pfülf, Frau Wurm.

Rechtsausschuß: Dr. Levi, Dr. Saenger, Dr. Rosenfeld, Frau Pfülf, Frau Agnes, Hoffmann-Kaiserslautern.

Beamtenausschuß: Steinkopf, Bender, Seppel, Frau Nemitz, Zubeil, Roßmann.

Verkehrsausschuß: Schumann-Frankfurt, Steinkopf, Seppel, Krüger-Merseburg, Hünlich, Lüdbring.

Ein demokratischer Antrag gegen die Auslandsreisegebühr.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung vor Pfingsten beschlossen, im Reichstag einen Antrag einzubringen, in welchem die Aufhebung der Verordnung vom 4. April über die Auslandsreisegebühr verlangt wird.

Der Deutsche Lehrertag in Breslau.

Nach Breslau eilten die Vertreter der Volksschullehrerschaft, um in mehrtägigen ernsten Beratungen zu der gegenwärtigen schulpolitischen Lage Stellung zu nehmen und neue Richtlinien für die Zukunft aufzustellen. Es ist die dritte deutsche Lehrerversammlung, die in Breslaus Mauern stattfindet. Auf der ersten Breslauer Versammlung wurde zum ersten Male im Jahre 1874 die Forderung nach einem Reichsschulgesetz aufgestellt. Im Jahre 1898 wurden in Breslau die Fragen der Lehrerbildung und der Jugendwohlfahrt erörtert und 1924 steht im Mittelpunkt der Beratung: „Staatsrecht und Elternrecht", „Staat, Wirtschaft, Kultur und Lehrerbildung". Breslau hat für den Deutschen Lehrerverein eine besondere historische Bedeutung.

Am Dienstag früh um 9 Uhr konnte der alte verdiente Vorsitzende, Lehrer Röhl-Berlin, die erste Versammlung der Vertreter eröffnen. Unter anderem gibt er von der Wiedererrichtung des internationalen Lehrerbüros Kenntnis.

Als Beauftragte begrüßen die Versammlung Fräulein Dr. Bäumer für das Reichsministerium des Innern, Geheimrat Dr. Karstädt für das preußische Unterrichtsministerium, Stadtschulrat Lauterbach für den Magistrat der Stadt Breslau und Geheimrat Prof. Dr. Schaider für die Universität Breslau.

Dann erteilte der Vorsitzende dem ersten Redner, Universitätsprofessor Dr. Aloys Fischer-München, das Wort zu seinem Vortrag über „Staatsrecht und Elternrecht auf dem Gebiete der Schule". Er gab eine tiefschürfende historisch-soziologische Darstellung von der Entwicklung der beiden Begriffe. In früherer Zeit gab es kein Elternrecht. Die Kinder waren Mitglieder des Stammes. Die Familie sonderte sich erst später ab. Der Elternbegriff ist eine Schöpfung des öffentlichen, staatlichen Rechts, er ist ein Traditionswert der Kultur und nicht eine Tatsache der Natur. Das Erziehungsrecht war Recht der Gemeinschaft, nicht Recht der Eltern. Die Uebertragung dieses Rechtes auf die Eltern vollzog sich erst nach und nach. In der abendländischen Rechtsentwicklung hatte die Auffassung des Elternrechts zunächst fast keinen pädagogischen Zweck. Der Vater hatte das absolute Recht über Frau und Kinder. Das Kind hatte gegenüber dem Vater keinen Anspruch auf Leben, Versorgung und Erziehung. Es war der Vatergewalt vollständig unterworfen. Bis ins 10. Jahrhundert n. Chr. haben Väter ihre Kinder verkauft. Der Begriff des Elternrechts ist erst eine späte Frucht der Entwicklung aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Das Elternrecht ist nicht aus der pädagogischen Idee entstanden. Es entstand aus der Verpflichtung, die die über der Familie stehenden Verbände der Familie auferlegten, für das ehemals rechtlose Kind zu sorgen. Jedes Elternrecht ist eine Schöpfung der Gesellschaft. Schon bei den Römern wurden die Vaterrechte durch den Spruch einer Fünfmännerkommission eingeschränkt. Die römische Republik nahm das Kind unter ihren besonderen Schutz. In höher entwickelten Staatswesen wurden die Eltern gezwungen, die Kinder zu erziehen. Der Staat griff selbst unterstützend in die Erziehung ein. Das Elternrecht an und auf die Schule läßt sich also nicht historisch ableiten. Vom 17. bis 20. Jahrhundert trat der Staat in entscheidendem Maße als Schulgründer auf. Vorher wurden die Schulen von Ständen und Familien ins Leben gerufen. Wenn auch der Staat das jüngere historische Recht auf die Schulen hat, so war er doch stets der faktische Anwalt des Kindes. Gefühlsmäßig glauben die Eltern durch den Zugriff des Staates in der Erziehung würde ihnen etwas genommen. Tatsache ist jedoch, daß der Staat dem Kinde noch nie etwas genommen, sondern ihm stets gegeben hat. Dem Vater- und Elternrecht ist durch das Gemeinschaftsinteresse eine Grenze gezogen. Der Staat überträgt einen Teil der Erziehung dem Lehrer. Eltern und Lehrer sind gleichmäßig berechtigte Erziehungsfaktoren. Vor dem Kriege hat die Lehrerschaft die gemeinsame Arbeit mit der Elternschaft angestrebt. Nach 1918/19 erstrebt die Elternschaft meist nicht aus dem Bewußtsein ihres Elterntums, sondern aus konfessionellen, weltanschaulichen oder politischen Gründen ein Entscheidungsrecht über die Schule. Die Erziehung dürfe nicht im Dienste einer Weltanschauung stehen, dürfe die Weltanschauungen aber auch nicht ignorieren, sie müsse den heranwachsenden Menschen fähig machen, sich selbst eine Weltanschauung zu eigen machen zu können. Der Staat soll sich in einer Zeit der Vielgestaltigkeit der Weltanschauungen nicht mit einer Weltanschauung indentifizieren. Das Recht der Eltern und der Weltanschauungen kommt auch durch das gleiche Wahlrecht zum Ausdruck. Im Artikel 120 der deutschen Reichsverfassung ist es ausdrücklich gewahrt. Der neue deutsche Staat hat auch das Elterntum in seiner Gesetzgebung als Erziehungsfaktor anerkannt und will auf die Familienerziehung nicht verzichten. Die Antriebe, die das Elterntum und die Familie dem geistigen Leben Deutschlands gibt, zu vermissen hat niemand weniger Anlaß als der deutsche Lehrer.

Lebhafter langanhaltender Beifall dankt dem Redner für seine Ausführungen.

* * *

Als Berichterstatter über den „Stand der Lehrerbildung" stellt Ministerialrat Pretzel-Berlin fest, daß es in dieser Frage rückwärts geht. Die Bestimmung der 3. Steuernotverordnung, die den einzelnen Ländern die Lösung überläßt, bedeutet das Grab der Lehrerbildung. Die Möglichkeiten einer einheitlichen Regelung ist damit ausgeschlossen.

Lehrer A. Becker-Weimar wünscht eine Einschränkung der erfreulichen Feststellung, daß Thüringen die Lehrerbildungsfrage in glücklicher Weise gelöst hat. Er verliest eine entsprechende Erklärung des Thüringer Lehrervereins, in der er sich gegen den Parteigeist in Thüringen wendet. Ueber die Verwirklichung der Forderungen des Deutschen Lehrer-Vereins in Hessen berichtet Rektor Karl Schäfer-Darmstadt. Er würdigt die großen Verdienste auf dem Gebiete der Schulpolitik, die sich der frühere hessische Kultusminister Genosse Dr. Strecker erworben hat. Strecker führte schon 1919 die Einheitsschule durch, ist 25 Jahre Mitglied des Deutschen Lehrer-Vereins und wurde einstimmig in die erziehungswissenschaftliche Hauptstelle gewählt. Es ist deshalb unbegreiflich, daß einige Lehrerzeitungen bei der Berufung Streckers nach Thüringen die Frage aufwarfen: „Wer ist Dr. Strecker?" Im gleichen Sinne verwahrte sich Barth-Leipzig gegen die thüringische Erklärung, die eine Unterstützung des ebenfalls aus Sachsen berufenen Professors Scheibner sei. Boelitz in Preußen verstehe schöne Reden zu halten, aber die schönen Taten folgen nicht.

Bei seiner Rechtfertigung versucht Becker nochmals gegen die sozialdemokratische Schulpolitik in Thüringen Sturm zu laufen, hatte aber bei der Versammlung wenig Glück. Als er den nach Thüringen berufenen sozialdemokratischen Schulmännern zum Vorwurf machte, daß sie sich im Wahlkampf für ihre Partei agitatorisch betätigten, forderte er den lauten Widerspruch der Versammlung heraus. Der laute Beifall, den die Redner, die gegen Becker-Weimar sprachen und die karge Zustimmung, die er selbst fand, werden ihm deutlich genug gezeigt haben, daß der Thüringer Lehrerverein mit seinem Kampf gegen das sozialdemokratische Unterrichtsministerium Greil sich selbst, dem Lehrerstand und der Schule den schlechtesten Dienst erwiesen hat.

* * *

Einstimmig wurden mehrere Entschließungen angenommen, von denen die eine der Lehrerschaft Entgegenkommen gegenüber den Anliegen der Familie durch gemeinsames Ratschlagen und Handeln mit den Eltern empfiehlt, aber den Mißbrauch des Elternrechts durch kirchliche und politische Parteien verurteilt. Eine zweite Entschließung verlangt, daß am Grundschulgesetz nicht gerüttelt wird, daß der Abbau der Reichskulturpolitik für die Volksschule rückgängig gemacht wird und die Schulartikel der Reichsverfassung durchgeführt werden. Zum Stand der Lehrerbildung wird das Vorgehen der Regierungen von Sachsen und Thüringen (unter damals noch sozialistischer Führung) begrüßt, die Mitarbeit der Hochschulen in diesen Ländern anerkannt und gleichfalls Reichsregelung verlangt. Die Besoldungspolitik der bürgerlichen Reichsregierung wird als unsozial in einer besonderen Entschließung verurteilt, die ganz im Sinne der bereits gestellten sozialdemokratischen Abänderungsforderungen liegt. Einstimmig angenommen wird auch eine Entschließung, die gegen die Behauptung eines Rückganges der Volksschulleistungen protestiert, mit der nur die Wiedereinführung von Sondervorschulen begründet werden solle; der Arbeitsschulgedanke wird darin noch einmal bekräftigt.

Einkommensteuer-Reformpläne.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, soll die den kommenden neuen Verpflichtungen des Reiches angepaßte Einkommensteuerreformvorlage dem Reichstag möglichst bald zugehen und noch vor den Ferien, auf jeden Fall aber bis zum Herbst durchberaten werden. Ueber den Inhalt der Vorlage erfahren wir von anderer Seite unter anderem folgendes: Mit einer wesentlichen Reform der bestehenden Tarifsätze ist bestimmt zu rechnen. Die 10prozentige Lohnsteuer wird in ihrer jetzigen Form beibehalten. Dasselbe gilt auch für das vielumstrittene Prinzip der augenblicklich gehandhabten Gegenwartsbesteuerung. Gegenüber den Wünschen nach Wiedereinführung der Vergangenheitsbesteuerung glauben die zuständigen Stellen nicht auf die Vorschußzahlungen verzichten zu können.

Der Saatenstand

im Deutschen Reiche wird für Anfang Juni 1924 dahin beurteilt, daß für Brotfruchtgetreide bei Fortdauer günstiger Witterung mit einer Mittelernte zu rechnen ist. Für Hackfrüchte ist eine abschließende Begutachtung noch nicht möglich. Klee, Luzerne und Wiesen haben sich günstig entwickelt. Im letzten Maidrittel haben Hagelschläge strichweise Schaden angerichtet. Ueber den Umfang der wegen Auswinterungsschaden erfolgten Umpflügungen liegen jetzt für alle Gebiete des Reiches Angaben vor. Hiernach betragen die umgepflügten Flächen im Reichsdurchschnitt vom Hundert des Anbaues bei Winterweizen 6,6, Winterroggen 11,9, Wintergerste 5,5, Klee 2,4, Luzerne 7,8.

Der weiße Schrecken.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein.

10) (Nachdruck verboten.)

„Wie schlecht ich gewesen bin. War zu ihr nicht gütig genug . . . War zu dieser . . . zu dieser gut . . ."

Er begab sich in sein Zimmer. War seiner Frau so ferne, als lebten sie beide nicht auf dem gleichen Erdteil.

Er war nicht einmal erbaut, fühlte auch keinen Schmerz, fühlte überhaupt nichts, da Lola reisebereit, in Hut und Handschuhen, eintrat.

„Gott mit dir!" Lola streckte ihm gelangweilt die Hand entgegen, mit einer Gebärde, die ausdrückte: na, wir wollen auch das hinter uns haben. „Gott mit dir, ich reise, bleibe nicht in diesem abscheulichen Wirrwarr."

Abel wußte selbst nicht, weshalb er es tat, fragte aber dennoch, warum sie vorhin so gesprochen?

„Ah", lachte Lola und fühlte sofort, ihr Mann habe das Gespräch mit den Arbeitern gehört. „Ah", wehrte sie ab, „ich scherzte bloß mit ihnen! Trotzdem liebe ich die Armen, sie sollen meinetwegen glücklich leben . . . Aber weißt du, mich verlangt es nach diesem Leben nicht! Ich fahre mit meinem Huhn in die Schweiz. Werde zurückkommen, wenn diese Komödie einmal zu Ende ist."

„Freilich, freilich . . .", stammelte Abel zerstreut, denn es tat ihm bereits leid, daß er überhaupt zu sprechen begonnen hatte.

Auch Lola wurde rasch zurückhaltender. „Du", sagte sie kurz, „bleibst natürlich hier. Nicht wahr?"

Abel nickte.

„Du tust recht daran, denn eine so abenteuerliche Flucht ist nichts für dich, ohne Rast fliehend, oft muß man sogar zu Fuß gehen, des Nachts, mit Schmugglern, denk dir, wie interessant! Bleib lieber daheim, vielleicht kannst du das Gut retten, das Vermögen, die Wertpapiere, mach nur etwas Kluges! Einmal kannst du auch etwas für den Wohlstand tun."

Abel nickte abermals. „Freilich, ich soll bleiben", dachte er, „um des Vermögens willen!"

„Was mich betrifft", fuhr Lola fort, als sagte sie es Roß ganz zufällig, „ich werde mich draußen schon irgendwie durchschlagen. Was glaubst du, werden mich meine Freunde erhalten?"

Sie wandte sich kokett um und lauerte auf die Wirkung ihrer wohlberechneten Worte. Aber von Abel glitten heute sogar derartige Reden ab.

„Schau", antwortete er in ebenso farblosem, gleichgültigem Ton, wie er früher gesprochen, „es ist vollkommen überflüssig, daß du mir gegenüber derartige Methoden anwendest. Du brauchst nicht vergessen, daß du nicht meine Geliebte bist, also finanziell mein Feind, sondern meine Gattin, die eigentlich mit mir gemeinsame Interessen haben sollte."

„Deine Auffassung interessiert mich nicht. Ist übrigens veraltet und langweilig. Außerdem bin ich nicht einmal als Gattin geneigt, an der Seite eines Mannes zu bleiben, dem das Geld ausgegangen und der ohne Geld eine vollkommene Null ist. Ich lasse dich ebenso im Stich, wie wenn du mein Liebhaber wärest."

„Ich nehme auch das zur Kenntnis."

Dies sagte er bereits vollkommen trocken und mit großer Bitterkeit. Da er jedoch in hohem Maße wünschte, sich keine Blöße zu geben, glaubte er, es sei ihm keinerlei Erregung anzumerken. Etwas überhastet riß er die Schreibtischlade auf und hielt Lola ein Blatt Papier hin.

„Bitte", sprach er, „es ist vollkommen überflüssig zu manövrieren, ich habe mich bereits im voraus auf alles vorbereitet. Hier ist der ausgestellte Scheck. Du verfügst über das ganze Depot, das ich bei meiner Wiener Bank liegen habe. Dieser Betrag dürfte für lange Zeit genügen. Die Summe ist übrigens angegeben. Bitte, stecke den Scheck ein und verliere ihn nicht. Und dann, sei nicht verschwenderisch, denn das ist nicht schön. Uebrigens: wie es dir beliebt! Doch weiß ich nicht, ob ich dir noch mehr werde geben können."

Lolas Augen glitten mit scharfem, sicherem Blick über die Zahlenreihe. Es handelte sich um einen recht beträchtlichen Betrag. Lässig, mit erkünstelter Zerstreutheit faltete sie den Scheck und ließ ihn in die flache Abteilung ihrer Krokodilledertasche gleiten.

„Ich werde schon sehen", sagte Lola zerstreut, gleichmütig. Dann fügte sie lebhaft hinzu: „Aber jetzt muß ich mich beeilen, denn der gute Szomolanyi wartet ungeduldig wie ein Fohlen. Weißt du, es ist amüsant, der Junge hat sich als Pferdemakler verkleidet, sehr genial, sogar, Makler und Schmuggler passierten ungehindert die Grenze, auf geheimen Pfaden; er nimmt als sicher an, daß auch wir glatt wie ein Aal durchschlüpfen! Na, Gott mit dir!"

Sie reichten einander die Hand. Lola zeigte nicht die geringste Zärtlichkeit, und Abel benahm sich ebenso. Er war gleichgültig bis zum äußersten, kühl und verschlossen. Doch rang er bitter unter dieser Wortkargheit. Sein Instinkt fühlte genau, dieses seltsame, ihm unbekannte, fremde und verhaßte weibliche Wesen entgleitete nun völlig seinen Händen. Er wußte, Lola werde zu ihm nicht mehr zurückkehren. Das schmerzte ihn, doch tat er nichts dagegen. Sie möge gehen! Hatte er doch von ihr nichts als Bitterkeit erhalten. Möge gehen. Er ließ sie fort, obschon es ihn schmerzte, denn schließlich war sie ja doch das einzige Geschöpf, das er liebte, was bisher aller Inhalt seines tatenlosen, matten Wesens gewesen. Diese Erkenntnis brannte ihn so heftig, daß er fast laut aufjammerte, als Lola durch die Tür schritt. Einen Augenblick hatte er das Gefühl, er müsse aufspringen, sie erfassen, hart, wild, mit stählernem Willen, dürfe sie nicht fortlassen. Bereits schwoll in seiner Brust der Schrei an, schon zerrte die Gebärde an seinen Muskeln, doch ermattete im nächsten Augenblick abermals sein ganzer Körper, und er sank auf den Sessel zurück.

Von draußen drang Lolas Stimme herein.

„Kommen Sie, kommen Sie, lieber Szomolanyi! Es ist in Ordnung, wir können gehen. Aber eines sage ich Ihnen, geben Sie auf das Hühnchen besser acht als auf Ihre beiden dummen Augen!"

Mizzi grüßte. Nun sprach abermals Lola, jetzt zum Stubenmädchen:

„Wir gehen nur in den Tiergarten, doch ist es möglich, daß wir zum Diner nicht zurück sind. Komme ich nicht, so warten Sie nicht."

Sie entfernten sich.

Durchs Fenster, von seinem Sessel aus, sah Abel: sie stiegen in eine Droschke, ohne jedes Gepäck, bloß Szomolanyi, in Knickhosen und Bauernpelz, schleppte eine große Hutschachtel, die er vorsichtig vor sich in den Wagen stellte.

„Ihr Huhn schleppt sie mit!" brach es aus Abel hervor. „Und mit diesem Lummel!"

Die Droschke rollte fort.

(Fortsetzung folgt.)

Dreyfus und Fechenbach.

Neue Dokumente.

Von den Publikationen des Auswärtigen Amtes ist soeben ein neuer Band erschienen, der unter anderem auch bisher geheimgehaltene Aktenstücke zur Dreyfus-Affäre enthält. Diese Dokumente werden besonders in Frankreich lebhaftes Interesse finden, da sie den letzten unwiderleglichen Beweis dafür enthalten, daß der des Landesverrats verdächtigte und im Jahre 1896 verurteilte Hauptmann im französischen Generalstab, Dreyfus, das unschuldige Opfer einer antisemitisch-militaristischen Hetze und eines militärischen Justizmordes gewesen ist.

Dreyfus war beschuldigt worden, zu dem deutschen Militärattaché in Paris, Oberstleutnant v. Schwartzkoppen, Beziehungen unterhalten und ihm Nachrichten geliefert zu haben. Nun enthalten die neuesten Veröffentlichungen folgenden Geheimbericht Schwartzkoppens aus Paris vom 22. November 1896:

Nr. 23. Paris, den 22. November 1896.

PP. Was den Fall Dreyfus selbst betrifft, so hat weder die Broschüre Bernard Lazare noch die Interpellation zur Klärung der Angelegenheit beigetragen, dieselbe bleibt vielmehr ebenso mysteriös wie bisher. Es kann von hier aus nur immer wiederholt werden, daß p. Dreyfus auf der hiesigen Botschaft absolut unbekannt war und ist, daß weder mit ihm direkt noch mit einem Zwischenhändler jemals Beziehungen stattgefunden haben, daß somit auch ein angeblich von Dreyfus geschriebenes und auf der deutschen Botschaft entwendetes Schriftstück, welches zu seiner Verurteilung geführt haben soll, auf der Botschaft niemals existiert hat. Ist die Verurteilung des p. Dreyfus aber wirklich auf ein angeblich von ihm stammendes auf der deutschen Botschaft entwendetes Schriftstück erfolgt, so ist die Verurteilung eine falsche und **die französische Regierung hat nach der Erklärung des deutschen Botschafters gegenüber dem französischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten daß die Botschaft keinerlei Beziehungen mit Dreyfus g[illegible]ht habe, die schwere Verantwortung für diesen Justizmord ab[illegible]n auf sich zu nehmen.**

gez. v. Schwartzkoppen.

Die deutsche Regierung hatte damals, wie aus dem Schriftstück hervorgeht, der französischen Regierung die Erklärung gegeben, daß sie zu Dreyfus in keinerlei Beziehungen gestanden hätte. Dieser Erklärung wurde damals von der französischen Militärjustiz keine Beachtung geschenkt, sie meinte, es sei eben die Gepflogenheit jeder Regierung, ihre Spione zu decken. Es ist interessant, daß im Falle Fechenbach, so schreibt der „Vorwärts", eine ganz ähnliche Erklärung von der englischen Regierung abgegeben wurde, der in Deutschland genau mit derselben Begründung, deren sich die französische Militärjustiz im Fall Dreyfus bediente, jede Bedeutung abgesprochen wurde.

Fechenbach erhielt wegen seiner Beziehung zu einem Korrespondenzbureau, das angeblich ein Organ der englischen Regierung war, zu den zehn Jahren Zuchthaus, die er wegen der Veröffentlichung des Ritter-Telegramms in einem Schweizer Blatt erhalten hatte, ein weiteres Jahr Zuchthaus. Die Mitbeschuldigten im Fechenbach-Prozeß Gargas und Lemcke bekamen wegen dieser Beziehungen allein zwölf und zehn Jahre Zuchthaus. Wann wird sich Deutschland von der Schande befreien, die es durch diesen dreifachen Justizmord auf sich geladen hat?

Macdonald regelt koloniale Streitfragen mit Italien durch Vertrag.

London, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In London ist durch die britischen und italienischen Sachverständigen ein Uebereinkommen über die sogenannte Jubalandfrage zustandegekommen, das in der kürzesten Zeit von den beiden Regierungen ratifiziert werden wird. Durch den Vertrag tritt Großbritannien einen Teil von Britisch-Somaliland an das italienische Somaliland ab. Die Bedeutung dieses Uebereinkommens liegt darin, daß, wie die „Times" sagen, nunmehr zwischen Italien und England nicht die geringste Streitfrage mehr besteht. Auch Verstärkung militärischer Garnisonen in Kleinasien scheinen englische Billigung gefunden zu haben.

Regierungswechsel in Japan.

Tokio, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die japanische Kabinettskrise ist beendet. Der Vicomte Kato hat den Posten des Premierministers übernommen und ein neues Kabinett gebildet. (Die Bedeutung der Ablösung der bisherigen japanischen Regierung durch eine andere gleichfalls feudal-bürgerliche Richtung läßt sich noch nicht übersehen. Red.)

Rücktritt der litauischen Regierung.

Memel, 9. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im litauischen Sejm wurde das Projekt zweier Eisenbahnlinien mit 31 gegen 21 Stimmen abgelehnt und ein Gegenantrag der christlichen Demokraten angenommen, der den sofortigen Bau einer direkten Bahnlinie Memel—Kowno und verschiedener Lokalbahnlinien verlangt. Die Mittel sollen ebenfalls, wie bei dem abgelehnten Projekt, durch englische Anleihen beschafft werden. Ministerpräsident Galvanauskas hat darauf den Rücktritt der gesamten Regierung erklärt.

60. Geburtstag von Richard Strauß.

Der Reichspräsident hat an den Generalmusikdirektor Richard Strauß, der heute seinen 60. Geburtstag begeht, ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem er ihn unter anderem als einen weithin sichtbaren Beweis deutschen Musikgenies preist. — Die Stadt München wird, als Geburtsort von Richard Strauß, den Komponisten anläßlich seines 60. Geburtstages heute bei der Festvorstellung der Mitglieder des Staatstheaters im Odeon in feierlicher Form zum Ehrenbürger der Stadt ernennen.

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitsrechtliche Rundschau.

Berichtszeitraum 1. bis 31. Mai.

A. Gesetzgebung.

I. Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge: Zwischen der deutschen und österreichischen Regierung sind zwei Vereinbarungen in Angelegenheiten der Arbeitslosenunterstützung (Erwerbslosenfürsorge) abgeschlossen worden, deren Bekanntmachung jetzt erfolgt ist (RGBl. II Nr. 15). Auf Grund einer VO v. 24. Mai 1924 (RGBl. S. 562) ist eine Beschäftigung in der Binnen- und Küstenfischerei von Eigentümern oder Pächtern derartig großen land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes, daß sie von dessen Ertrag hauptsächlich leben können, und die sogenannte Parteifischerei von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge befreit.

II. Arbeitsstreitigkeiten: Die Zivilprozeßordnung, die für einen Teil der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten zum Beispiel die der Hausgehilfen in Betracht kommt, ist unter dem 13. Mai 1924 (RGBl. S. 437) neu gefaßt worden. Neben ihr kommt noch die am gleichen Tage neu veröffentlichte Bekanntmachung (RGBl. S. 552) zur Entlastung der Gerichte zur Anwendung.

III. Sozialversicherung: a) Unfallversicherung: Die Unfallversicherungsrente richtet sich bekanntlich im allgemeinen nach dem Jahresarbeitsverdienst. Soweit er 1800 Goldmark übersteigt, wird er bei allen Unfällen, die sich nach dem 30. April 1924 ereignet haben, nur mit einem Drittel angerechnet. Der Mindestbetrag des Sterbegeldes ist durch die gleiche VO. v. 17. Mai 1924 (RGBl. S. 550) auf 50 Mark künftig festgesetzt. Um der Notlage der Unfallrentner abzuhelfen, hat man ihnen bekanntlich Zulagen gewährt. Man geht von der erhöhten Rente aus. Sie wird auf der Grundlage des Jahresarbeitsverdienstes berechnet. Man unterscheidet jetzt auf Grund der VO. v. 24. Mai 1924 (RGBl. S. 560) den Jahresarbeitsverdienst von — männlichen und weiblichen — landwirtschaftlichen und anderen Arbeitnehmern; und zwar einerseits zur Berechnung der erhöhten Verletztenrente (324 Goldmark bei männlichen, 172,80 bei weiblichen, landwirtschaftlichen, 450 Goldmark bei anderen Arbeitnehmern) und andererseits zur Berechnung anderer erhöhter Renten (849 bzw. 504, bzw. 1152 Goldmark).

b) Angestelltenversicherung: Das vielfach abgeänderte Angestelltenversicherungsgesetz ist nun endlich unter dem 28. Mai 1924 (RGBl. S. 563) neu gefaßt worden. Es bleibt hoffentlich in dieser Fassung eine ganze Weile erhalten. Auf seine Systematik wird demnächst ausführlicher eingegangen werden.

c) Knappschaftsversicherung: Gemäß VO. v. 22. Mai 1924 (RGBl. S. 560) sind verschiedene vorübergehende Dienstleistungen, insbesondere zur Aushilfe während wissenschaftlicher Ausbildung, zur Hilfe bei Unglücksfällen, Verheerungen durch Naturereignisse, Beseitigung von Betriebs- und Verkehrsstörungen von der knappschaftlichen Pensionsversicherung befreit.

B. Rechtsprechung und Verwaltungspraxis.

I. Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge: Zur Vermeidung unbilliger Härten kann Erwerbslosenfürsorge über 39 Wochen hinaus verlängert werden, auch wenn der Erwerbslose bereits 39 Wochen lang unterstützt wurde (R.Arb.Bl. 24 S. 159). Erwerbslose, die mangels Bedürftigkeit keine Unterstützung erhalten, dürfen nicht zu Notstandsarbeiten herangezogen werden (R.Arb.Bl. 24 S.159). Ohne Angabe der Verteilungsbeträge an die Krankenkasse abgeführte Beitragssummen werden auf Erwerbslosenfürsorge und Krankenversicherung so verteilt, wie beide Arten von Beiträgen verhältnismäßig zueinander stehen (R.Arb.Bl. 24 S. 159). Die Ankündigung, daß Betriebe geschlossen und, Arbeitnehmer in die Erwerbslosenfürsorge übernommen werden, bedeutet keine Kündigung (Arb.Recht. 24 S. 386).

II. Arbeitsvertragsrecht: Tantieme bedeutet Anspruch auf einen Teil des Reingewinns eines Unternehmens oder Unternehmenszweiges (Kammergericht in Jur. Wochenschrift 24. S. 546). Der Ausschluß von Schadenersatzansprüchen gegen Reich, Länder, Gemeinden, wegen verspäteter Gehaltszahlung auf Grund VO. v. 12. Dezember 23, ist rechtsgültig (RZ. f. Arb.-Recht 24, S. 300). Mit dem Aufhören eines Tarifvertrages erlöschen grundsätzlich auch seine in die Einzelverträge übergegangenen Bestimmung (RZ. f. Arb. Recht 24, S. 291 und S. 302).

III. Arbeitsverfassungsrecht. Durch Stillegung eines Betriebes und Ueberweisung der Arbeitnehmer in die Erwerbslosenfürsorge erlischt das Amt des Betriebsrats nicht (Arb.-Recht 24, S. 386). Der Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder gilt nicht bei Aussperrungen (Gew. u. Kaufm. Gericht 24, S. 162).

IV. Arbeitsstreitigkeiten: Kostenvorschüsse können im Verfahren der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und der arbeitsgerichtlichen Kammern der Schlichtungsausschüsse nicht erhoben werden (R.Arb.Bl. 24, S. 159). Das Arbeitsgericht, das Entscheidungen nach dem Betriebsrätegesetz auf Grund der neuen Schlichtungsordnung zu treffen hat, ist zur Feststellung befugt, ob zwischen den Parteien noch ein Arbeitsverhältnis besteht (Arb.-Recht 24, S. 386). Vertreter und Angestellte von Berufsorganisationen können nicht als Beisitzer zum Gewerbe- und Kaufmannsgericht gewählt werden (R. Arb. Bl. 24, S. 160).

V. Lohnsteuerrecht: Bare Auslagen für Dienstaufwand bleiben für Lohnsteuerabzug außer Ansatz, wenn nachgewiesen wird, daß sie als Dienstaufwand verwendet wurden, oder hierfür ohne weiteres gerade ausreichen (R. Steuer Bl. 24, S. 97).

Die Sorgen der „Höheren".

Der Reichsbund der höheren Beamten schreibt sich in seinem Rundschreiben Nr. 24 die Neuregelung der Beamtengehälter ab 1. Juni als einen großen Erfolg zu, wobei er bemerkt:

„Die Spannung der Grundgehälter zwischen III und XIII entsprechend dem Friedensstande ist wieder hergestellt. In der neuen Skala stehen sogar die Gruppen X bis XIII erheblich besser als im Frieden. Die neuen Gehaltsbezüge (ohne Sozialzulage) stellen nunmehr folgende Prozentsätze der Friedensbesoldung dar: Gruppe X 85 Prozent, Gruppe XI 84 Prozent, Gruppe XII 88 Prozent, Gruppe XIII 81 Prozent."

Dabei sind die Summen für die örtlichen Sonderzuschläge noch nicht in Ansatz gebracht.

„Wir bitten nunmehr, dafür Sorge tragen zu wollen, daß in der örtlichen Presse keine irreführenden Meldungen auftauchen; es ist gegenüber anderslautenden Verlautbarungen vielmehr stets zu betonen, daß die Neuregelung der unteren Beamtenschaft die Friedensgehälter gebracht hat und daß die oberen Gruppen auch jetzt noch erheblich unter ihren Friedensbezügen liegen. **Sorgfältige Bearbeitung der Presse nach dieser Richung ist notwendig.**

Der Reichsbund wird mit der Neuregelung nicht befaßt werden.

gez. Scholz. gez. Rathke."

An der Tatsache, daß die jüngste Gehaltsregelung eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegen die unteren und die mittleren Beamtengruppen darstellt, läßt sich nicht drehen und deuteln.

Wenn sie in der Vorkriegszeit schon bestanden hat, so wird sie darum jetzt als „Friedensgehälter" nicht besser. Wir müßten uns entschieden dagegen verwahren, daß das Unrecht der Vorkriegszeit deshalb wieder neu heraufbeschworen wird, weil es unter dem monarchistischen, stark dreiviertel absolutistischen System eingeführt war.

Wir gönnen auch den höheren Beamten ein ausreichendes Gehalt. Allein es darf nicht auf Kosten elender Hungergehälter in den untersten Gruppen gehen. Den krassen Widerspruch zwischen den Gehältern der untersten und denen der höheren Stufen empfindet man selbst im Reichsbund der „Höheren", der 81- bis 85prozentigen, so stark, daß man es für ratsam hält, die örtliche Presse so zu „bearbeiten", daß sie die armen Teufel mit Gehältern von noch nicht 1500 Mark im ganzen Jahre mit dem Hinweis verhöhnen soll, die Neuregelung habe ihnen die „Friedensgehälter" gebracht, und die beklagenswerten oberen Gruppen seien auch jetzt noch erheblich — ohne die örtlichen Sonderzuschläge! — unter ihren Friedensbezügen zurückgeblieben.

Der Reichsverband der höheren Beamten hat bei dieser Art der „Neuregelung" durch Rückkehr zu den üblen Methoden der Vorkriegszeit mitgewirkt und rühmt sich seines Erfolges. Nun will er die Oeffentlichkeit durch eine solch ausgeklügelte Gegenüberstellung irreführen, verhüten, daß in der Presse das Kind beim rechten Namen genannt wird, was ihm als „irreführende Meldungen" unangenehm wäre.

Glauben die Führer dieses Bundes, daß auch nur ein einziger Unterbeamter sich mit dem Hinweis darauf zufriedengeben würde, daß er jetzt „das Friedensgehalt" erreicht und keine Möglichkeit vor sich habe, auch nur nennenswert darüber hinauszukommen? Ein „Friedensgehalt", das schon im Frieden nur knapp vor dem Verhungern schützte und heute erst recht nicht ausreicht! Würden die unteren und mittleren Beamten bei solcher Art der Beweisführung, die auf Einseifen hinausläuft, nicht den Höheren entgegengehalten:

„Wir wollen mit unseren „Friedensgehältern" mit euch jederzeit gegen eure „Nochnichtfriedensgehälter" tauschen!

Wie gesagt, wir gönnen den höheren Beamten ihre Gehälter. Doch müssen wir uns entschieden gegen die in ihrem Reichsbunde obwaltende egoistisch-hinterhältige Tendenz wenden. Wer die Ungerechtigkeit in der Festsetzung der unteren Gehälter nicht zugeben will, wer nicht will, daß die unteren und mittleren Beamten besser besoldet werden, der hat für sich das Recht auf eine angemessene Besoldung verwirkt.

In der Sache selber werden ja die nicht höheren Beamtenorganisationen noch ein Wort mitreden.

Der Streik in Oberschlesien bröckelt ab.

Ueber den Streik in Deutsch-Oberschlesien wird offiziell berichtet: Der Streik im oberschlesischen Revier kann als erloschen bezeichnet werden. Die Mehrzahl der Steinkohlengruben ist voll im Betrieb. Auch bei den Eisenhütten ist der Betrieb im allgemeinen wieder aufgenommen worden. Soweit besondere Vorbereitungen (Anheizen der Oefen usw.) erforderlich sind, wird der Betrieb in den nächsten Tagen wieder eröffnet.

Das ist schmerzlich.

Der Verband nationaler Berufsschweizer, der als nationalistische Konkurrenzorganisation des Deutschen Landarbeiter-Verbandes ein den Agrariern wohlgefälliges Dasein führte, hat einen herben Verlust erlitten. Sein bekannter Vorsitzender, der Deutschnationale Herr Braun, hat unter Hinterlassung einer leeren Kasse und einer großen Anzahl trauernder Gläubiger seinen Verband im Stich gelassen. Somit sind Hauptgeschäftsstelle, Rechtsschutzstelle, Kasse, Redaktion, Vermittlung, Verlag und Verkaufsstelle des nationalen Schweizerverbandes verödet. Ferner hat sich jetzt herausgestellt, daß Braun sich weniger mit der Organisation von Schweizern, als der von völkisch-nationalen Kampfverbänden beschäftigt hat. Auch den Warenhandel an seine Verbandskollegen hat er auf eigene Rechnung betrieben. Seine Uneigennützigkeit ging so weit, daß er es sogar unterließ, die Lieferantin der Sachen, eine Nordhausener Großfirma, zu bezahlen. Auch der Jungdeutsche Orden verliert in ihm ein rühriges Mitglied. Das Verhalten dieses Hochstaplers ist der beste Beweis für die Richtigkeit der immer und immer wieder von uns verbreiteten Warnung vor zwerghaften Fachverbändchen, die nicht leben und nicht sterben können, von ihren Mitgliedern große Opfer verlangen, trotzdem kampfunfähig sind; deren Mitglieder keinen Einfluß auf die Führung und keine Kontrolle der Geschäfts- und Kassenführung haben, so daß man regelmäßig wieder lesen muß, daß großtuerische Schwindler unter langdauerndem Schutz der Unternehmer sich ein angenehmes Dasein geleistet haben. Hoffentlich erkennen nicht nur die Schweizer, sondern auch die übrigen, noch in Splitterorganisationen organisierten Berufsgruppen, daß es höchste Zeit ist, sich endlich den großen freigewerkschaftlichen Verbänden anzuschließen.

Die Bewegung der Tabakarbeiter in Saloniki wird durch folgende Mitteilung des I.A.A.B. beleuchtet: Die griechischen Tabakarbeiter, die schon von 1918 bis 1920 die Opfer einer Arbeitslosigkeit waren infolge von maschinellen Verbesserungen in der Herstellung, und die zu interessanten Maßnahmen der Regierung Anlaß gab, die es den betroffenen Arbeitern erleichtern sollten, in einen anderen Beruf überzugehen, sind von neuem Opfer einer großen Geschäftsstille geworden. Diesmal wurde die Krise hervorgerufen durch die umfangreiche Ausfuhr von Rohtabak. Der Tabakarbeiterverband und der Gewerkschaftsbund haben verlangt, daß diese Ausfuhr in Zukunft verboten werden soll oder eingeschränkt durch eine Steuer, deren Ertrag als Grundlage für einen Erwerbslosenfonds dienen soll.

Von köstlich erfrischendem, würzigem Geschmack. — Die stundenlanganhaltende, antiseptische Wirkung konserviert die Schleimhäute und aromatisiert gleichzeitig den Atem.

ZAHNCREME MOUSON

Trotz der stark desinfizierenden, zahnsteinlösenden Eigenschaften ohne schädigenden Einfluß auf den Zahnschmelz. Die gründliche und mühelose Beseitigung des Zahnbelages ist augenfällig.

J. G. MOUSON & CO. Gegründet 1798 in Frankfurt a. M. • Hersteller des weltbekannten Hautpflegemittels CREME MOUSON

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe folgender Artikel:
Jeder Preis weit unter Herstellungswert!

Nur bekannt erstklassige Qualitäten.

Pa. Cheviot reine Wolle, doppeltbreit, 1.25	Pa. Popeline 105 cm breit 2.90	Pa. Voile 116 cm breit 1.35
Pa. Schotten doppelbreit 1.25	Pa. Popeline reine Wolle, 105 cm breit 3.90	Echt. Schweizer Voll-Voile ca. 116 cm breit 1.85
Pa. Hauskleiderstoff doppeltbreit 95 Pf.	Pa. Wasch-Mousseline in den modernsten Mustern . . . . . 75 Pf.	Moderner Voll-Frotté 115 cm breit 2.95
Pa. Blusen-Popeline mit Seidenstreifen 1.45	Pa. Kleider-Zephir waschechte Ware . . . . . 75 Pf.	Kunstseidener Trikot beste Qualität, 140 cm breit 7.80
Moderne Rockstreifen 105 cm breit 1.95	Pa. Perkal hervorragende Qualität, für Oberhemden und Blusen . . . . . 95 Pf.	Pa. Gabardine reine Wolle, 130 cm breit 6.50

Georg Spitz, Reuschestr. 57.

Stadttheater. 6590
Mittwoch abend 8 Uhr:
Anläßlich des 60. Geburtstages von Richard Strauss
(Erstaufführung)
Tanzsuite.
Hierauf: **Josefslegende.**
Donnerstag abend 8 Uhr:
Salome.
Freitag abend 7½ Uhr:
2. Vorstell. im Mozart-Zyklus
Die Zauberflöte.

Lobetheater. 6593
Intendanz: Paul Barnay.
Tel.: R. 6774 und R. 6709
Mittwoch, Donnerstag 8 Uhr:
„Kolportage"
Lustspiel von Georg Kaiser.

Thalia-Theater
Dir. Barnay u. Stössel.
Tel. Ring 6709.
8 Uhr abends
Der beispiellose Erfolg!
Gastspiel
Hansi Niese
in 6584
Die Welt ohne Männer.
Hansi Niese in ihren neuesten Coupletschlagern.

Viktoria-Theater 8 Uhr
Nur noch bis
Freitag!
REVUE: Breslau, das ist was für dich:
Zauber-Brille
Tingel-Tangel
20 Bilder.
Ab Sonnabend:
Jonny's Busenfreund 4817
Amerikanischer Burlesken-Schwank
Gusto Reike a. G.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Heute und täglich 8 Uhr:
Gastspiel Edith Karin und Curt Wollram
In der Berliner u. Wiener Original-Ausstattung:
Die Perlen der Cleopatra. 6591
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Mädi.

Reizendes Waschkleid
wie Abbildung, a. Ia Mousseline mit Paspelgarnierung, fesch gearbeitet gute Paßform nur 7.25
G. Friedländer
Sonnenstr. 29

Buchhdlg. Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Liebich-Theater
Operetten-Saison 6595
In vollkommen neuer Ausstattung
Der größte Erfolg der Spielzeit
Das Radiomädel
Musik von Paul Weiner
Kurt Vespermann, Helma Varnay, Fritz Spira, Johanna Ewald, Josefine Klein, Krafft-Lortzing.

Preise der Plätze:
Loge Mk. 4.—, Orchester Mk. 4.—,
Parkett Mk. 3.—, Seiten-Parkett Mk. 1.50,
Mittel-Balkon Mk. 2.—, Saalplatz Mk. 0.75.

Schlesisches Landesorchester
Heute Mittwoch, abends 7½ Uhr: 6594
Südpark-Konzert
Symph. B-dur Schumann. Leitung: Behr.

Luna-Park
Heute Mittwoch:
Großes Kinderfest
mit neuesten Ueberraschungen und
Gr. Garten-Konzert
Abholung der Kinder ½4 Uhr mit Kapelle an der Straßenbahn-Endstation. 4313
Morgen Donnerstag:
Verkehrter Ball.

Preis-Rätsel!
schirf tgaweg tsi blah nennoweg
Für die richtige Lösung obigen Sprichwortes haben wir Preise im Gesamtwert von
10000 Goldmark
ausgesetzt. Folgende Preise haben wir gewählt:
1. Preis: Ein Eßzimmer,
2. „ Eine Kücheneinrichtung,
3. „ Ein Herrenfahrrad,
4. „ Ein Damenfahrrad,
5. „ Eine Nähmaschine,
6.-15. „ 10 photographische Klappkameras 9×12 mit prima Doppelobjektiv,
16.-40. „ 25 Herren-Taschenuhren, fein vergoldet mit Sprungdeckel,
41.-70. „ 30 Füllfederhalter mit echt 14 kar. Goldfeder. 4815
sowie eine große Anzahl div. Trostpreise.
Gewinner eines obengenannten Preises **ist Jeder** der uns die richtige Lösung einsendet. Die Preise werden ausgelost. Die Einsendung muß sofort erfolgen u.
verpflichtet Sie zu nichts.
Für Rückporto, Drucksachen, Schreibkosten usw. sind der Lösung Gebühren beizufügen. Briefporto 10 Pfg. Schreiben Sie sofort an
Versandhaus Fr. Leipzig, Braunschweig 186.

Schleßwerder
Mittwoch: Kein Konzert.
Dafür: **Donnerstag**
Großes Frei-Konzert.
Anfang 6 Uhr. 3472

Sensationelle Neuheit!
Meteor-Resonanz-Sprechmaschine D. R. P. a.
der kleine Musikapparat von unerreichter Technik
für Haus, Sport und Reise
äußerst stabil — handlich.
Jede Schallplatte verwendbar, unvergleichlich mit ähnlich angepriesenen Apparaten
Vorführung bereitwilligst
Nur 48.— Mark.
Pianohaus
Carl Quandt
6591 G. m. b. H.
Breslau I, Ohlauerstr. 45.
Jedes Instrument bringt neue Kunden.

Sinalco-Saft 6597
verbürgt nur mit Zucker gesüßt, in Originalflaschen in fast jedem Lebensmittelgeschäft zu haben.

Barmer Artikel
nur für **Wiederverkäufer.**
Spezialität:
Schnürriemen in Make und Eisengarn, kunst. Tressen, Gummibänder und Gummilitzen
Gummihosenträger und Gummibiesen
Sockenhalter
Gardinenkordel
Barmer Bogen und Wäschebesätze
Nähgarn und Sternzwirne.
Adolf Schütze, Breslau I, Ring 47
Telefon Ohle 9293. 6546

Jede Nähmaschine u. Fahrrad, auch unbrauchbare, kauft Wienziers, Gräbschener Str. 45
3473

Frauen
gebrauchen bei unregelmäßiger Störung 6487
m. garantiert unschädl. Mittel. Frau D. schreibt: Heute holte ich mir Ihr Mittel und morgen trat der Erfolg ein.
Sämtliche Frauenartikel.
Weißflußmittel.
Auskunft gegen Rückporto.
Frau M. Böhm, Breslau II, Grünstr. 9, 5 Min. v. Hauptbhf.

Sozialistische Monatshefte
Redigiert von Jos. Bloch
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50
Bestellungen bei allen Zeitungsausträgern u. der Volkswachtbuchhandl., Breslau III.

Viktor v. Scheffels
Trompeter von Säckingen
Schön gebunden nur 1 Mark
Auswärts 20 Pf. Porto.
Volkswachtbuchhandlung Breslau III,
Neue Graupenstraße 5.

Circus Busch-Gebäude
Luisenplatz. — Fernsprecher Ring 3824.
Sonnabend, den 14. Juni und Sonntag, den 15. Juni:
Sensations-
6 Ringkämpfe 6

Sonnabend:		Sonntag:	
Jan Jaago (Weltmstr., Estland) gegen	Pinetzki (Der Ringerriese)	Hansen-Esch (Europameister) gegen	Ambrosio de Souza (Afrika)
Ambrosio de Souza (Afrika) gegen	Paul Wolke (Dtsch. Mstr., Bremen)	Seppl Maschke (Bayern) gegen	Pinetzki (Der Ringerriese)
Hansen-Esch (Europameister) gegen	Seppl Maschke (Bayern)	Jan Jaago (Weltmstr., Estland) gegen	Paul Wolke (Dtsch. Meister, Bremen)

Sämtliche Ringer gehören Klasse I an. 6592
Alle Kämpfe bis zur Entscheidung.
Anmerkung: Die angesetzten Kämpfe sind bei den letzten Match-Ringkämpfen z. T. von den Sportfreunden durch Zettel gewählt worden, und wird das Publikum gebeten, selbst zu bestimmen, wer von diesen Ringern als Erster dem Deutschen Meister Schikat, welcher in Amerika bereits 17 Siege, aber noch keine Niederlage hat, sowie Hans Steinke, welcher auch eine Anzahl Siege zu buchen hat, nach Rückkehr hier in Breslau gegenübergestellt werden soll.
Vorher: **Großes Konzert.** 20 Mann starkes Orchester. Leitung: Kapellmeister Paulit.
Beginn des Konzerts 7½ Uhr. **Beginn der Kämpfe 8½ Uhr.**
Vorverkauf: Barasch, Killan & Co., Theater-Ecke Gartenstr., Kaluske, Friedrich-Wilhelm-Ecke Jahnstr., Brückner, Leuthenstr., sowie täglich 11–2 Uhr Zirkuskasse.

AN
MINLOS-SEIFENPULVER
Mit 30% Fettgehalt

Minlos-Seifenpulver
ist mehlig weich und löst sich leicht,
hat helle Lauge, schont die Wäsche,
wäscht schneeweiß,
spart Arbeit, Zeit und Kohle,
ist frei von allen schädlichen Beimengungen und Beschwerungsmitteln und deshalb ein
reines Seifenpulver. 4318

Generalvertreter für Schlesien: **Carl Broste, Breslau,**
Sadowastraße 58. Telephon: Ring 8638.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer, für die Anzeigen: Max Tocker. — Redaktion: Grünstr. 45. — Hauptexped.: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 11. Juni.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Arbeiterkinderfreunde. Donnerstag, abends pünktlich 7½ Uhr: Treffen aller Helfer zu einer Abendwanderung im Gewerkschaftshaus. — Alle, die den „Kulturwillen" bestellt haben, bringen an diesem Abend 50 Pf. und neue Bestellungen. — „Kinderland" abrechnen.

Jungsozialisten, die sich für Freitag verpflichtet haben, treffen sich noch einmal Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Hans Lehmann, Höfchenstraße 96.

S. A. J., Heim 7. Wir treffen uns heut um 7 Uhr auf der Spielwiese.

Achtung, Arbeiterjugend! Heim-Obleute! Heute abend muß unbedingt jeder Obmann vor Beginn des Heimabends in der Zeit von ½7 bis ½8 Uhr im Zimmer 43a erscheinen. Es ist dringend notwendig.

Arbeiterjugend-Mädels. Wir treffen uns heute schon um ½7 Uhr am Gewerkschaftshaus zur Besichtigung der Ausstellung „Mutter und Säugling", da um 7 Uhr schon der Vortrag von Professor Jadassohn beginnt.

Peter Squarz-Spieler und Volkstanzgruppe. Diesen Donnerstag, abends um ½8 Uhr, Probe im Gewerkschaftshaus. Wir sollen einen Abend des Arbeiter-Wohlfahrtsausschusses ausfüllen.

Schulnot — Volksnot.

Ueber dieses Thema sprach am Dienstag abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses als Vertreter des zurzeit in Breslau tagenden „Deutschen Lehrervereins" Herr Lehrer Thiele-Stettin. Er führte etwa folgendes aus:

Schulnot und Volksnot stehen in einem innigen Zusammenhange. Das wird von großen Volksteilen leider noch nicht genügend erkannt. Sie betrachten die Volksnot immer nur als Magen- und nicht auch als Bildungsfrage; daher ihre Behauptung: „Wirtschaft ist mehr wert als Kultur! Bringt die Wirtschaft in die Höhe, dann werden sich alle Kulturfragen von selbst lösen!" Wir gehen vom umgekehrten Standpunkte aus. Die Bildungshöhe eines Volkes ist die Grundlage für die Höhe seiner Wirtschaft. Deutschland ist mit natürlichen Gütern nicht besonders reich gesegnet; es muß aus anderen Ländern Rohstoffe einführen und dafür Fertigfabrikate ins Ausland verkaufen. Um mit den anderen Ländern erfolgreich konkurrieren zu können, müssen wir Qualitätsware herstellen. Diese Ware kann nicht allein geschaffen werden durch eine kleine, hochgebildete Oberschicht von Technikern und Ingenieuren, sondern ihre Herstellung ist nur möglich, wenn auch ein hochgebildeter Arbeiterstand vorhanden ist. Infolgedessen ist eine hohe Allgemeinbildung die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufstieg des gesamten Volkes.

Als nach der Reichsgründung 1870 die Zollgrenzen zwischen den einzelnen Ländern und Ländchen fielen und Deutschland ein einheitlicher Wirtschaftskörper wurde, nahm die deutsche Volkswirtschaft einen stolzen Aufschwung. In noch höherem Maße wäre das der Fall gewesen, wenn auch die Bildungsfragen einheitlich durch das Reich geregelt worden wären. Der Deutsche Lehrerverein hat seit Jahrzehnten um die Erreichung dieses Zieles gekämpft. Durch die Weimarer Reichsverfassung sind seine Ziele auf diesem Gebiet zum Teil verwirklicht worden. Das Reich stellt jetzt die Grundsätze der Schulpolitik der Länder auf. Aber schon machen sich reaktionäre Strömungen bemerkbar, die einen Abbau der Reichsschulpolitik erstreben.

Groß ist des Volkes Not auf staatsbürgerlichem Gebiete. Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Damit sind der Masse des Volkes weitgehende Rechte in die Hand gegeben, aber noch weitergehende Pflichten auferlegt. Leider sind weite Kreise des Volkes staatsbürgerlich noch nicht in dem Maße geschult, daß sie diese Pflichten klar erkennen. Sie können immer noch nicht das eigne Ich in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Darum muß die Schule das heranwachsende Geschlecht zu staatsbürgerlicher Gesinnung erziehen. Sie muß so eingerichtet sein, daß sie jedes heranwachsende Kind durch planmäßige Bildungsarbeit nach dem Maße seiner Begabung und Fähigkeit für den ihm entsprechenden Platz im Volksstaate vorbereitet.

Der Mensch ist nicht nur eine Arbeitsmaschine, er hat auch das Recht auf Freude und Genuß. Aber welchen Inhalt hat heute für viele Erwachsene und Jugendliche der Begriff Freude? Sie erfreuen sich an Tabak und Schnaps, am Besuche von Schundkinos und Boxkämpfen, am Lesen von Schundliteratur. Von wahrer Geistigkeit ist nichts zu spüren, alles haftet am Aeußerlichen. Man bewundert Goethes Wiege und von der Bedeutung seines geistigen Schaffens weiß man nichts. Auch dieser geistigen Not des Volkes kann nur abgeholfen werden durch eine vertiefte Bildung der Volksgesamtheit. Je höher ein Volk gebildet ist, desto geringer ist seine Kriminalität. Heute wird auf dem Gebiete des Schulwesens abgebaut; Polizei und Richter werden vom Abbau nicht betroffen. Wenn auf dem Gebiete der Volksbildung aufgebaut würde, dann brauchten wir nicht so viel Gefängnisse und Zuchthäuser.

Die Voraussetzung für eine höhere Volksbildung ist eine Umgestaltung der gesamten Lehrerbildung. Darum fordern wir die Universitätsbildung für die gesamte Lehrerschaft. Der Abbau auf dem Gebiete des Schulwesens schädigt die heranwachsende Jugend für ihr ganzes Leben. Er hat zur Folge eine erhöhte Klassenfrequenz, die oft mit einer schweren gesundheitlichen Schädigung der Kinder verbunden ist, die auch einen modernen Unterrichtsbetrieb im Geist der Arbeitsschule unmöglich macht.

Durch den Abbau wird der junge Lehrernachwuchs hart betroffen. Jahrelang sind die jungen Lehrer nicht in der Schule tätig. Die besten unter ihnen finden in anderen Berufen lohnende Beschäftigung und gehen der Schule für immer verloren; nur die minder guten Kräfte kehren, nachdem sie der Schule entfremdet worden sind, wieder zurück. Wir alle haben ein Interesse daran, daß recht viel junges Blut in unsere Schulen kommt.

Lehrer und Eltern müssen im Kampfe um die Hebung der Volksbildung zusammenstehen, zum Wohle der Jugend und des gesamten Volkes. — „Schulnot ist Volksnot und Schulglück ist Volksglück."

Man kann den Ausführungen des Redners rückhaltlos zustimmen. Leider hat er aber das Wichtigste vergessen, die Ursachen aufzudecken, die zur Not unseres Volkes und unserer Schule geführt haben. Erst wenn wir die Wurzel des Uebels kennen, können wir durch erfolgreiche Bekämpfung dieser Wurzel das Uebel selbst beseitigen. Volksnot und Schulnot haben ihren letzten Urgrund in der kapitalistischen Wirtschaftsform. Die kleine Schar der Besitzenden hat ein Interesse daran, die Masse des Volkes nicht zu klug werden zu lassen. Will darum der Deutsche Lehrerverein erfolgreich für eine Beseitigung der Schulnot kämpfen, dann muß er zunächst einmal Schulter an Schulter mit dem klarblickenden Teile der deutschen Arbeiterschaft dem kapitalistischen System Kampf ansagen bis aufs Messer. Wann wird er so weit sein? P.

Festwertanleihen im Monat Mai.

Die Rechtsparteien reden bekanntlich aller Welt vor, daß die von ihnen vertretene Politik imstande wäre, die Lage Deutschlands zu verbessern. Wenn diese Behauptung richtig wäre, so müßte sich das in einer Erhöhung der Börsenkurse der Wertpapiere nach dem 4. Mai äußern. Die Börse pflegt Hoffnungen, auch wenn sie in der Zukunft liegen und noch unsicher sind, sofern es sich nur um wirkliche Hoffnungen handelt, durch steigende Kurse anzudeuten. Trotzdem die Reichstagswahlen eine Stärkung der Rechts- und eine Schwächung der Links-Parteien gebracht haben, ist von einem Kurse der auf Gold gestellten Festwertanleihen, d. h. der sichersten Anlagepapiere, während des ganzen Monats Mai auf dem tieferen Niveau geblieben, auf das sie im Monat April gesunken waren. Den Beweis dafür liefert die folgende kleine Tabelle, die die Kursentwicklung der fünfprozentigen Gold-Hypotheken-Pfandbriefe zeigt, soweit diese Papiere an der Berliner Börse notiert werden. Die Kurse verstehen sich in Goldmark für ein Gramm Feingold (ein Gramm Feingold = 2,79 Goldmark nach der Definition der Reichsmark).

	1. 5.	12. 5.	21. 5.	30. 5.
Berliner Hypothekenbank	1,30	1,25	1,25	1,35
Frankfurter Pfandbriefbank	1,—	0,98	1,10	1,06
Leipziger Hypothekenbank	1,05	0,98	1,10	1,07
Meininger Hypothekenbank	1,—	0,99	1,10	1,10
Norddeutsche Grundkreditbank	1,05	0,98	1,10	1,07
Preußische Bodenkreditbank, Kommunalobligationen	1,—	0,97	1,06	1,06
Schlesische Bodenkreditbank	1,—	0,99	1,06	1,03
Westdeutsche Bodenkreditbank	1,05	1,—	1,10	—
Durchschnittlicher Wert der 8 Kurse	1,06	1,02	1,11	1,09

Der Durchschnittskurs der Gold-Pfandbriefe war ultimo April 1,04. Er ist also während des ganzen Monats Mai fast unverändert geblieben. Dieser geringe Kurs der besten Papiere ist eine Folge der außerordentlichen Geldknappheit, die seit Monaten in Deutschland herrscht und die mehr und mehr Wirtschaftsbetriebe zum Erliegen bringt. Die Zahl der unter Geschäftsaufsicht gestellten Unternehmungen vergrößert sich von Tag zu Tag, so sind darunter Firmen ersten Ranges, wie zum Beispiel das Stahlwerk Becker in Willich Rheinland. Nur eine umsichtige und gewandte Politik nach außen und innen, nicht aber eine störrische nationalistische Politik, kann die große Sanierung herbeiführen, ohne die Deutschland aus seiner gegenwärtigen bedrängten Lage nicht wieder herauskommt.

Krankenkassenwähler

die in diesen Tagen ihre Stelle wechseln, werden besonders darauf hingewiesen

die Wählerliste

einzusehen.

Vor allem gilt dies für die Versicherten, die ausgesperrt waren und in diesen Tagen die Arbeit wieder aufnehmen. **Sie müssen sich in jedem Falle einen Ausweis über ihre Beschäftigung von ihrem Arbeitgeber geben lassen, damit sie des Wahlrechtes nicht verlustig gehen,** falls die gesetzlich vorgeschriebene Anmeldung nicht rechtzeitig eingehen oder in den Hebelisten vermerkt werden sollte.

Arbeitslos werdende oder durch Aussperrung und Streik aus der Arbeit ausscheidende Versicherte müssen sofort die freiwillige Mitgliedschaft erwerben, andernfalls sie nicht zur Wahl zugelassen werden können.

Die juristische Sprechstunde

findet ab nächster Woche wieder regelmäßig statt. Die genauen Zeitpunkte werden noch bekanntgegeben.

Medizinische und soziale Kongresse.

Um Ostern und Pfingsten herum ist die Zeit, in der unsere deutschen medizinischen wie sozialen Gesellschaften ihre alljährlichen Zusammenkünfte abhalten. Die deutsche Gesellschaft für innere Medizin hatte zu den Osterfeiertagen ihren 36. Kongreß nach Kissingen, dem lieblichen Südwinkel der Rhön, einberufen. Geheimrat Professor Dr. Matthes von der Universität Königsberg hat in seinem einleitenden Vortrag die Ausgestaltung der Heilweisen vom Standpunkt der Schulmedizin und der Naturwissenschaft behandelt. Wir können dabei beobachten, daß von unserer modernen Aerzteschaft heute mehr als früher die Wandlungen in der Medizin kritisch beleuchtet werden. Auch Professor Dr. Matthes erklärte, daß jeder aufmerksame Beobachter unseres geistigen Lebens heute wahrnehmen werde, daß wir uns in einer Zeit des Umschwungs des ärztlichen Denkens befinden, der nicht nur mit der wissenschaftlichen Forschungsweise, sondern gewissermaßen auch mit den veränderten Weltanschauungen parallel gehe. Dieses Eingeständnis ist wichtig, da alle diese Fragen schließlich eng mit der Lösung der Arztfragen im allgemeinen verknüpft sind. Der vielfach noch verhaltene Schrei unserer Volksmassen über die Gefühlsrohheiten des letzten Aerztestreiks und die unerhörten Zwangsmaßnahmen der Aerzteschaft haben alle diese Fragen in Fluß gebracht.

Auch in unseren Mauern tag vom 12. bis 15. Juni im Breslauer Konzerthaus der Verband deutscher Betriebskrankenkassen, Sitz Essen, zur 12. Hauptversammlung. Als Vortragende werden der Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Dr. Kaufmann, der Geschäftsführer des Verbandes Heinemann, Ministerialrat Dr. König und Landesrat Gaertner sprechen. Auch sie werden sich mit der Reform unserer Sozialversicherung, der Arztfrage und Schulgesundheitsfrage, dem öffentlichen Fürsorge, dem Jugendwohlfahrtsgesetz usw. beschäftigen.

Wir wünschen dieser Tagung im Interesse der leidenden Menschheit die besten Erfolge.

Wochenplan der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Heim 1 (Matthiaskunst. Jugendheim). Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Fahrt.

Heim 2 (Ofener Straße, Schule). Mittwoch: Volkstänze (Wiese). Freitag: Siehe Heim 8. Sonntag: Fahrt nach Kapsdorf.

Heim 3 (Michaelisstraße 36, Kinderhort). Mittwoch: Volkstanzabend im Freien. Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Fahrt nach Schalkau.

Heim 4 (Reichstraße, Schule). Mittwoch: Geländespiele (Lindenwiese). Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Schnitzelfahrt nach Glockwitz. Donnerstag: Arbeitsgemeinschaft.

Heim 5 (Berliner Straße 68). Mittwoch: Lieder- und Spielabend. Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Wanderung.

Heim 6 (Brommistraße, Eigenheim). Donnerstag: Spiele und Tänze. Sonntag: Fahrt.

Heim 7 (Elisabetharamnasium). Mittwoch: Volkstänze (Wiese). Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Fahrt nach Skarsine.

Heim 8 (Löschstraße, Schule). Mittwoch: Spielabend. Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Wanderung nach Kapsdorf.

Heim 9 (Viktoriaschule, Blücherstraße). Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Fahrt nach Schalkau.

Heim 10 (Heimannsche Villa). Mittwoch: Spielwiese. Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Fahrt nach dem Jungfernsee.

Heim 11 (Arletiusstraße, Schule). Mittwoch: Volkstänze mit Heim 7. Freitag: Versammlung. Sonntag: Fahrt.

Heim 12 (Fürstenstraße, Schule). Mittwoch: Außenspiele (Dreieichenwiese). Freitag: Was wollen die Jungsozialisten? Sonntag: Fahrt nach Margaret.

Heim 13 (Dürrgoy) und **Heim 14** (Brockau). Mittwoch: Tänze (Stadtpark). Freitag: Leseabend. Sonntag: Badeausflug. Donnerstag: Probe der Peter Squenz-Spieler und Volkstänzer im Gewerkschaftshaus. Sonnabend: Ausgestaltung des Sommerfestes des Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschusses.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Kindergruppe Strehlener Tor und innere Stadt.

Sonntag, den 15. Juni, machen wir eine Wanderung, die uns in die weitere Umgebung von Breslau führt. Wir fahren nach Dyhernfurth, laufen nach Obernigk und von hier fahren wir nach Hause. Wer mitmachen will, muß 10 Jahre alt sein und Mittwoch beim Spielen 1 Mark Fahrgeld mitbringen. Wer sich nicht Mittwoch anmelden kann, muß es spätestens Donnerstag, 5 Uhr, bei Kirschke, Neudorfstraße 58, tun. Auch die Eltern bitten wir, das Kind aus Sparsamkeitsrücksichten von der Wanderung nicht fernzuhalten.

* **Die nächste Stadtverordnetenversammlung ist nicht** Montag, den 16., sondern Dienstag, den 17. Juni.

* **Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hält heut** abend 8 Uhr eine außerordentliche Sitzung ab.

* **Schlesische Rundfunkstunde.** Donnerstag, 4½ bis 6 Uhr, Unterhaltungsmusik der Hauskapelle, 8½ bis 9½ Uhr, Vortragsabend der Lautenschule Loebinger.

* **Das Englische in der Schule.** In Verbindung mit dem Schlesischen Philologentag fand am Sonnabend, den 24. Mai, in der Aula des Matthias-Gymnasiums auch die diesjährige Versammlung des Schlesischen Provinzialverbandes der Neuphilologen statt. Es waren gegen 60 Mitglieder aus Breslau und der Provinz erschienen. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden, Professor Dr. Gröhler, ergriff Universitätsprofessor Dr. Schücking das Wort zu einem Vortrage über Richardsons Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaftsideale des 18. Jahrhunderts. Richardson ersetzte die bis dahin geltenden Typen der englischen Frau und des englischen Kavaliers mit ihren schwachen Seiten durch neue, den demokratischen Anschauungen seiner Zeit mehr entsprechende. Damit hat er nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die allgemeinmenschlichen Anschauungen seiner Zeit auf eine höhere Stufe gehoben und so die Brücke zur ethischen Auffassung des 19. Jahrhunderts geschlagen. Im Anschluß an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurden eine Reihe methodischer und organisatorischer Fragen erörtert. Bei der Fortsetzung der Beratungen am Sonntag um 9 Uhr kamen die veränderte Stellung des Englischen im Lehrplan und die dadurch erforderlichen methodischen Aenderungen zur Besprechung. Die Frage des Bildungswertes des Englischen und die Handhabung des Kulturunterrichts konnten wegen der Kürze der Zeit nur gestreift werden und sollen einer späteren Erörterung vorbehalten bleiben. In zwei Entschließungen kam der Wunsch zum Ausdruck, daß der Lektürekanon in Zukunft nur noch Richtlinie, nicht mehr bindend sein soll; auch wurde eine besondere Fachvertretung für die neueren Sprachen bei den Provinzialschulkollegien für nötig erachtet.

* **Brand in einer Groß-Räucherkammer.** Am Pfingstsonntag um 10¾ Uhr vormittags wurde die Feuerwehr nach Schweristraße 7 alarmiert. Das Grundstück gehört der Warenhandelsgesellschaft m. b. H., die in den Kellern der beiden Seitenhäuser große Speckräuchereien angelegt hat. Die südlich gelegene Räucherkammer war am 4. März d. J. mit erheblichen Speckvorräten dem Feuer zum Opfer gefallen. Diesmal war die nördliche Räucherkammer, in der sich ungefähr dreißig bis vierzig Zentner Speck befanden, in Brand geraten, desgleichen der Vorraum der eigentlichen Räucherkammer, in dem noch größere Speckmengen lagerten. Das Feuer war dadurch entstanden, daß der Speck durch die starke Erwärmung beim Räuchern zu tropfen angefangen hatte; die Fettropfen waren dann durch den Rost in die glimmenden Räucherspäne gefallen, hatten das Feuer angefacht und vergrößert, bis endlich der ganze Vorrat zu schmoren und zu brennen anfing und auf den Rost herunterfiel. Der Feuerwehr gelang es noch, mit einem Schlauchgange an den Brandherd heranzukommen; das Feuer entwickelte sich aber so schnell und mit so starkem Qualme, daß der vorgeschickte Trupp umkehren mußte. Auch ein mit einem Rauchapparat vordringender Mann mußte wieder zurück, weil er in dem Qualm nichts mehr sehen konnte. Wenige Minuten, nachdem der Mann den Keller verlassen hatte, erfolgte ganz wider Erwarten eine heftige Explosion, die eine starke, feuersichere Tür einfach herausriß und umwarf und das Hofpflaster zum Teil herausschleuderte. Begleitet war die Explosion von einer mächtigen, fast über die Breite des Hofes reichenden Stichflamme, die eine Wolke von Räucherspänen vor sich her trieb und einem Feuerwehrmanne das Gesicht verbrannte. Da weitere Explosionen zu befürchten waren, wurden die Wohnungen des Seitenhauses geräumt und die Bewohner nach der Straße geführt; der Aufenthalt auf dem Hofe war infolge des sich dort ansammelnden Rauches zeitweise nicht möglich. Die Explosionen wiederholten sich von Zeit zu Zeit und waren, obwohl sie nicht mehr die Heftigkeit der ersten erreichten, doch noch so stark, daß das Gebäude bis zum Dache zitterte. Um dem Rauch aus dem Keller freieren Abzug zu schaffen, wurde der Schornsteinkopf der Räucherkammer abgetragen. Der Schornstein selbst zeigte starke Risse, auch die Wände des Nachbarhauses waren stellenweise gesprungen, so daß die anliegenden Wohnungen verqualmten. Die Explosionen sind wohl damit zu erklären, daß die Rauchgase stark mit Fettgasen vermischt waren, die von Zeit zu Zeit an den aufflackernden Flammen zur plötzlichen Entzündung kamen. Um keinen Feuerwehrmann zu gefährden, wurde der Keller von außen durch zwei Schlauchleitungen, die von einer Motorspritze gespeist wurden, unter Wasser gesetzt. Als die Gefahr beseitigt war, wurde das Wasser aus dem Keller herausgepumpt, dann wurden die notwendigen Aufräumungsarbeiten vorgenommen. Gegen ¼5 Uhr konnten die Fahrzeuge der Feuerwehr wieder auf die Wachen zurückkehren. Die Leitung hatte Brandingenieur Hoffmann I.

Vereinskalender.

Deutscher Textilarbeiterverband. Donnerstag, den 12. Juni, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 13, Vertrauensmannversammlung aller Vertrauensleute.

Ballspielverein Oswitz. Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes. Wir machen hiermit auf die am 14. Juni stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Nichterscheinen wird statutengemäß bestraft.

Aus Schlesien.

Neisse. In der Stadtverordnetenversammlung fand die Neuwahl der Stadträte statt. Von den abgegebenen 32 Stimmen fielen 29 auf die bürgerlichen Parteien und 3 auf die Sozialdemokratie, die auch einen Sitz zu beanspruchen hatte. Genosse **Gottwald** ist gewählt, er zieht als Stadtrat in den Magistrat ein. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wurde mit Rücksicht auf die Verminderung der Stadtverordnetenzahl von 48 auf 32 der Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung gestellt, da diese jetzt eine Handhabe zur Vergewaltigung der kleinen Fraktionen bietet, z. B. auch durch die vorgeschriebene Stimmenzahl zur Unterstützung eines Antrages. Man war von bürgerlicher Seite so naiv, zu behaupten, daß es zu einer Vergewaltigung der kleinen Fraktionen nie kommen werde, tat aber gleich darauf das Gegenteil, indem man auf Grund der genannten Bestimmung den sozialdemokratischen Antrag gar nicht erst zur Abstimmung brachte, da die nach der alten Geschäftsordnung zur Unterstützung erforderlichen Stimmen nicht aufgebracht wurden. In die verschiedenen Deputationen, Kommissionen usw. werden die sozialdemokratischen Stadtverordneten den gemachten Vorschlägen entsprechend durch Akklamation gewählt, nur für die Volksbibliothek lehnte man den sozialdemokratischen Vorschlag ab und die schriftliche Abstimmung ergab dann die Ausschaltung der Sozialdemokratie bei Verwaltung der Volksbibliothek. Stadtverordneter Genosse **Herwig** brachte hierzu einen Protest ein, da die Kommission den Bestimmungen gemäß falsch besetzt sein soll. Der Protest wird bis zur nächsten Sitzung nachgeprüft werden. Der eingemeindete Vorort Neumühl hatte eine Beschwerde eingereicht, daß man ihm die bei der Eingemeindung gemachten Versprechungen nicht einlöste. Da der Magistrat hierzu aber noch nicht Stellung genommen hat, wurde die Sache vorläufig nur durch Kenntnisnahme erledigt.

Schweidnitz. Ein großer Silberdiebstahl wurde in dem Gutshause des Rittergutes Kaltenbrunn verübt. Der oder die Spitzbuben müssen von der Abwesenheit des Rittergutsbesitzers Fellmann und seiner Frau Kenntnis gehabt haben. In der Freitagnacht stiegen sie mit einer Leiter in das Speisezimmer des Gutshauses ein und stahlen eine Menge silberner Leuchter und Bestecks.

Striegau. Bohrungen nach Braunkohle. Gegenwärtig wird das Gelände der Gäbersdorfer Feldmark von der A.-G. der Lohniger Braunkohlengrube erneut abgebohrt und auf Braunkohlenlager untersucht. Dieselbe liegt in mehreren Schichten ziemlich tief. Darüber lagern ungeheure Massen allerbesten Blautons, der an manchen Stellen eine Mächtigkeit von 37 Metern im Querschnitt besitzt.

Waldenburg. Zuchthausstrafe für einen Hoteldieb. Im Oktober 1922 waren in Bad Salzbrunn im Hotel „Goldenes Schwert" einem dort logierenden Herrn 73 000 Mark gestohlen worden, die er bei seiner Ankunft der Wirtin zur Aufbewahrung gegeben hatte. Als Täter konnten nur zwei Personen in Frage kommen, die dort vier Tage logierten, im Gastzimmer die Uebergabe des Geldes gesehen hatten und am Tage des Diebstahls ohne Begleichung verschwunden waren. Es gelang erst später, den Elektrotechniker Oswald **Oertelt** als Täter zu ermitteln. Durch die Beweisaufnahme wurde er überführt. Er wurde dem Antrage gemäß zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Stadt-Theater.

„Gianni Schicchi."

Keine seiner drei populärsten und zugleich über das Wesen seiner Kunst vollständig orientierenden Opern, ob „Toska", „Bohème" oder „Butterfly", weist auf eine besondere Eignung **Puccinis** für die musikalische Behandlung humoristischer Stoffe hin. In seinem Opernstil, der im großen ganzen mit der Tradition bricht, aber trotzdem hier und da die italienische Arie bevorzugt, fällt die ganz eigene Art auf, nach der prosaische Texte nicht rezitatorisch, sondern möglichst melodiös vertont werden. Darin liegt etwas Komisches, das wohl auch die Grundlagen zu seiner einaktigen komischen Oper „Gianni Schicchi" bildet, deren Autor verschwiegen wird.

Die sehr anspruchslose, aus einem Witz entstandene Handlung spielt sich um 1400 zu Florenz ab. Eine zahlreiche Familie umsitzt das Totenbett ihres soeben verstorbenen Seniors und erfährt, nachdem sie sich bald an die Oeffnung des Testaments machte, daß sie enterbt ist. Einer nur kann hier helfen: Gianni Schicchi. Schon erscheint der gewitzte Mann, der zu dem engeren Bekanntenkreise des Toten gehörte und schon weiß er Rat. Er macht darauf aufmerksam, daß sein Trick zwar geeignet ist, ihm und allen Helfern schwere Strafen einzutragen, wohl aber, zumal der Tod des Alten noch unbekannt ist, zur Zufriedenheit aller gelingen wird. Er läßt die Leiche fortschaffen, legt sich dafür ins Bett und diktiert dem herbeigeeilten Notar ein Testament, wobei er als Universalerbe, zur allgemeinen Bestürzung — — sich selber einsetzt.

Das Stück weist außer dem Knalleffekt so wenig Situationskomik und so unkomische Dialoge auf, daß die Aufmerksamkeit lediglich Musik und Darstellung zufällt. Wie schon angedeutet, läßt Puccini im allgemeinen komisch wirkende musikalische Gebilde vermissen. Nicht einmal die Instrumentation geht auf Humor aus. Das wimmernde Durchgangsmotiv und einige Liebesarten und -Duette stechen als urwüchsige, zum Teil nachhaltige Betonungen vom übrigen ab.

Außer dem sehr eindrucksvollen Gianni **Karl Aug. Neumanns**, der in seiner Gestalt schlau, behende und beweglich und mit ästhetischem Gesange den mittelalterlichen Schelm verkörperte, hielt sich die Darstellung nicht viel über dem Mittelmaß. **Josef Borin** sang die Liebhaberpartie. Stimmlich befriedigend. Die kürzlich bemerkte aufsteigende Welle seines Spiels scheint sich wieder abwärts zu richten. Er weiß sich noch immer nicht recht auf den Brettern zu bewegen. **Marga Neisch** versah die Familienälteste mit ihrem klaren Alt und den Regeln ihrer Routine. Die Damen **Mirtow** und **Jansen** und die Herren **Cichos**, **Buckreus**, **Wilhelmi**, **Hauschild** traten unter anderem solistisch hervor. Die Musikleitung besorgte **Oskar Preuß**, die Regie **Eberhard Kühlmann**. Der Besuch des Theaters war mäßig, ebenso der Beifall. Werner Sander.

Lobe-Theater.

„Das Prinzip."

Hermann **Bahr** lustspielt in seinem Prinzip mit dem voradamitischen Menschen, der lammfromm und verzeihend bei seinen Mitmenschen sitzt — der Kerl ist ja einfach Idealist — um an seinen eigenen Kindern schon den Rückfall ins Allzumenschliche mitzuerleben — und zu verzeihen. Der Idealist Dr. Esch hat also selbst den Boden fruchtbar gemacht, auf dem die Verlobung seines Sohnes, des Herrn Gymnasiasten, mit einer Köchin wächst. Er selbst macht noch eine Art Werbung bei dem praktisch veranlagten Mädchen, das an den Ernst der Verlobung nicht einmal im Traume gedacht hat, ihr seinen Sohn sozusagen mit Liebe aufzuzwingen. Gott sei Dank, daß dieser sein Sohn von den väterlichen Lehren nicht im mindesten angekränkelt, die Köchinnenverlobung selbst als Ulk ansieht, weil ihm die Anbetung einer Tänzerin aus dem ganzen vollen Herzen seiner überbrausenden Jungheit beschäftigt. Wir selbst sind zufrieden damit. Könnte sonst Lene Kuk, die Köchin, ihren Oberkellner heiraten, um in eigene Wirtschaft einzuziehen? Ein dunkler Punkt aber schwebt über der Familie Esch: das ist Peter Irle, Gärtner und junger Mann, mit fabelhaften, guten Eigenschaften, so fabelhaften, daß sie sich bis zur Entführung der Tochter des Hauses verdichten. Aber Bahr müßte nicht Bahr sein, und sein Prinzip kein Prinzip, wenn nicht auch dieser dunkle Punkt strahlend zurückkehrte, als wäre nichts gewesen, und Dr. Esch seine idealsten Theorien auf Verwirklichung in —zig tausend Jahren vertrösten könnte. Pessimistischer Betrachter der Familie Esch, gleichsam der gesunde Menschenverstand des Prinzips, ist ein prachtvoll gezeichneter Onkel, der Weinhändler Kreger.

Bleibt nur noch zu sagen, daß mit der **Fast**erfüllung des Prinzips, „Das Prinzip" selbst fällt. Daß auf 2½ Akt sehr nettes Theater, mit geschliffenem, funkelndem Witz, ein fast kitschiger Abschluß folgt. Schade.

Ohne Einschränkung darf man der Regie ehrliches Lob sagen. Julius **Arnfeld** hat mit glücklicher Hand, um die Gästin Lucie Höflich, abgerundetes, flottes Spiel gestellt. Sein Weinhändler Kreger war ein Genuß für sich. Eine so peinlich scharf gezeichnete Type, wie sie die Lucie **Höflich** in überlegener Kunst ihrer Köchin Lene gab. Wie frisch, wie aus der Küche ohne Schminke geholt ist diese Köchin. Und Robert **Menn** als Oberkellner. So viel ängstlich bewahrte Oberkellnerkeuschheit! Reizend. Diesem Typentrio gaben Sigismund **Lohde** (Dr. Esch), Jutta **Versen** (seine Frau), Adolf **Jeß** und Hilma **Schlüter** erfolgbringende Folie. M.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater: Mittwoch, Anfang 8 Uhr anläßlich des heutigen 60. Geburtstages von **Richard Strauß** Erstaufführung der Strauß-Couperinschen „**Tanzsuite**". Das Kammerorchester steht unter Leitung von Kapellmeister Mehlich; anschließend 25. Aufführung der „**Josephslegende**" mit Helga und Inge Swedlund, Alice Michell, Ferry Dworak sowie dem gesamten Ballettpersonal. Donnerstag, Anfang 8 Uhr, „**Salome**". Freitag, Anfang 7 Uhr, zweite Vorstellung im Mozart-Zyklus „**Die Zauberflöte**". Für Sonnabend, den 14. Juni, wurde Kammersänger Karl Aagard Oestvig von der Wiener Staatsoper für ein einmaliges Gastspiel gewonnen, und zwar singt Herr Oestvig den Lohengrin. Der Vorverkauf für dieses Gastspiel beginnt morgen Donnerstag.

Lobetheater. Das mit so großem Erfolg aufgenommene Lustspiel „Kolportage" wird in der Besetzung der Erstaufführung heute und die folgenden Tage wiederholt. Montag, den 16. beginnt das Gastspiel Alexander **Moissis** in seiner bedeutendsten Rolle des Fedjas im „Lebenden Leichnam". Der Vorverkauf hat begonnen.

Thaliatheater: Heute abend wird der urkomische Schwank „Die Welt ohne Männer" mit Hansi Niese in der Hauptrolle wiederholt. Hansi Niese singt hierin ihre lustigsten Wiener Lieder.

Breslauer Produktenbörse vom 10. Juni.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 10. Juni 1924 gezahlten Preise in Goldmark (1 Goldmark = 10/42 Dollar) ab schlesischer Verladestation. Tendenz: **Getreide**: Fast umsatzlos. — **Hülsenfrüchte**: Ruhig. — **Rauhfutter**: Stroh matter: Heu ruhig. — **Futtermittel**: Geschäftslos. — **Mehl**: Abwartend.

Tägliche Amtliche Notierungen (100 kg) in Goldmark:

Getreide:	10.	6.	Oelsaaten	10.	6.
Weizen	15,00	15,00	Raps,Wint.	—	26,00
Roggen	13,00	13,00	Leinsamen	—	28,00
Hafer	12,40	12,40	Senfsamen	—	30,00
Braugerste	15,00	15,00	Hanfsaat	—	—
Mittelgerste	14,00	14,00	Mohn, blau	—	58,00
Futtergerste	11,80	11,80			

Hülsenfrüchte (je 100 kg):

	10.	6.		10.	6.
Viktoriaerbsen gute	22—23,50	22—23,50	Pferdebohn.	12,50—14	12,50—14
kl. gelbe Erbsen	15—17	15—17	Wicken	9—11	9—11
kl. grüne	—	—	Peluschken	10—12	10—12
Futtererbsen	—	—	Lupin. gelb	15—16	15—16
weiße Bohnen	33—35	33—35	Lupin. blau	10—11	10—11

Rauhfutter:	10.	6.		10.	6.
R. u. W. Drahtpreßstr.	1,00	1,10	geb. Gerst. u. Haf.-St.	0,50	0,60
R. u. W.-Bdspreßstr.	0,90	0,80	Roggen-Str., Breitdr.	1,00	1,10
G.-u.H.-Drahtpreßstr.	1,00	1,10	Rogg.-Str., Flegeldr.	—	—
G.- u. H.-Bdspreßstr.	0,70	0,60	Heu, gesund, trocken	2,00	2,00
geb. Weiz.- u. R.-Str.	0,50	0,60	Heu, gut, ges., trocken	2,50	2,50

Die Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung.

Futtermittel: Nachstehende amtliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 kg Parität Waggon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

per 50 kg in Goldmark.

	10.	5.		10.	5
Weizenkleie	8,00—8,50	8,00-8,50	Malzkeime	9,75-10,25	[illegible]
Roggenkleie	8,25—8,75	8,25-8,75	Trockenschnitzel	7,00—7,50	7,00-7,50
Leinkuchen	19,00-20,00	19,00-20,00	Weizenkleiemel.	—	—
Rapskuchen	10,00-11,00	10,00-11,00	Biertreber-melasse 40/60	—	—
Palmkernkuch.	12,75-13,75	12,75-13,75	Palmkern-melasse 30/70	—	—
Sesamkuchen	—	—	Torfmelasse 30/70	—	—
Kokoskuchen*	18,50-19,50	18,50-19,50	Mais	18,00-19,00	18,00-19,00
Palmkernschrot	—	—	Sojaschrot ca. 44 %	18,75-19,50	19,00-20,00
Reisfuttermehl 24 %	—	—			
Kartoffelflocken	18,00-19,00	18,00-19,00			
Biertreber	9,25-9,75	9,75-10,25			

Sonnenblumenkuchen (42 %) 15,50—16,50. * Deutsche

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (für 100 kg).

		10.	6.
Weizenmehl	100 kg	23,50	23,50
Roggenmehl	100 kg	20,75	20,75
Auszugmehl	100 kg	28,50—29,50	28,50—29,50

Wasserstand

vom 11. Juni 1924.

Ratibor	1,78	Breslau (Unter-Pegel)	—0,60
Krappitz	2,40	Ransern (Ober-Pegel)	4,74
Kosel	1,12	„ (Unter-Pegel)	3,09
Brieg (Mastenkran)	2,71	Dyhernfurth	[illegible]
Neissemündung (Ober-Pegel)	3,80	Treschen	[illegible]
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,80	Wasserwärme + 17,5°.	
Breslau (Ober-Pegel)	5,10		

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 11. 6. 24.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wind	Niederschlag	Wetter
Krietern	17	22	12	WSW 2	0	heiter
Schneekoppe	6	9	5	SW 5	0	wolkig
Grünberg	15	—	14	W 2	0	bedeckt

Das morgige Wetter.

(Vorhersage der Wetterwarte Krietern bei Redaktionsschluß.)

Gestaffelt dringt kühlere ozeanische Luft aufs Festland und erzeugt in Westeuropa bereits Regen. Auch bei uns wird vorübergehend Verschlechterung eintreten; vor allem haben wir mit örtlichen Gewittern zu rechnen. Die Temperatur wird nur wenig sinken.

Familien-Anzeigen

Verband der Lebensmittel- u. Getränkearbeiter.

Nach langem, schwerem Leiden starb am 2. Pfingstfeiertag, nachmittags 5 Uhr, an Magenkrebs unser langjähriges Mitglied, der **Müller**

Paul Galisch

im Alter von 59 Jahren. 6599

Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm jederzeit

Der Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Pohlanowitzer Friedhofes aus.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung

Zahlstelle Breslau.

Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr,

findet in der Gemeindehalle, Grünstraße 12/14 eine:

Mitgliederversammlung

statt. Tagesordnung:

1. Bericht von der Bezirkskonferenz in Liegnitz.
2. Wahl der Revisoren für den Bezirk Schlesien.
3. Ersatzwahl eines Revisors für die Zahlstelle Breslau.
4. Verschiedenes. 6630

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter V. a. G. Hamburg

Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 15. Juni, vormittags 10½ Uhr, im Kassenlokal.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Aufstellung der Kandidaten für die Generalversammlung. 5. Wahl von 4 Beisitzern zum Zentralwahlkomitee. 6. Evtl. Anträge zur Generalversammlung. 7. Verschiedenes. — Die Wahl der Abgeordneten findet Sonntag, den 20. Juli, von vorm. 10 Uhr bis nachm. 5 Uhr im Kassenlokal: Neuendorfstraße 44 statt. Legitimation: Mitgliedsbuch, für Kranke bei Ausgehezeit Krankenschein. Um rege Beteiligung ersucht

6480 Die Ortsverwaltung.

Bestattungsamt der Stadt Breslau

An der Elisabethkirche 3/4 (altes Elisabethgymnasium)

Fernsprecher: Mag. 320.

Reichhaltiges Sarg- u. Wäschelager. Vermittlung und Besorgung aller Leistungen für Erd- und Feuerbestattungen. Kostenlose Beratung in allen Beerdigungsangelegenheiten. 4280

Geschäftsstelle der Bestattungskosten-Versicherung der Schlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt.

Soeben erschien:

Bleibt die Mark stabil?

Von **Dr. Hans Neisser.**

Preis 40 Pf. (Auswärts Porto 5 Pf.)

Volkswacht-Buchhandlung

Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Wie berichte ich über eine Versammlung?

Alles Nähere darüber kurz und treffend in dem Büchlein:

Der gute Schriftführer u. Berichterstatter

Preis 60 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.

Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)

Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Druckerei Volkswacht

fertigt

moderne Drucksachen

Breslau 2, Flurstr. 4/6

DR. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFEN-PULVER

Dr. Thompson's Seifenpulver

trotz größter Waschkraft garantiert unschädlich!

Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pf.

Möbl. Zimmer

von einem Herrn sofort zu mieten gesucht. Angebote unter **St. 416** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Damen-, Mädchen- u. Kindergarderobe

fertigt w. billig an 3176

Fr. Schätz, Messergasse 3, III.

Mandolinen

Gitarren etc. in größter Auswahl, auch auf Teilzahlung

Piano-Neumann

Neue Graupenstraße 13. 6629

Blocks Mittel

ist das mit erstaunlicher Sicherheit wirkende Radikal-Vernichtungsmittel gegen

Wanzen

Küchenschaben, Käfer, Schaben, Stubenflöhe, Kakerlaken, Ameisen, Russen usw. — In Apotheken und Drogerien.

Kieka-Neopharm, A.-G. Hannover.

Waschseife Steg 6 Pf., auch en gros. Kurzwaren, Garn, Zwirn, Schürzen f. billig. 100 Schnürs. 15 5 M.

Berthold Lippert, Heinrichstraße 16.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige.

Wer leiht verheiratetem Genossen in gesicherter Stellung 50 Mark gegen monatliche Rückzahlung? Off. u. St. 1.. an die Exped. d. Ztg.

Die Volksschule als Einheitsschule

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Unterhaltung

Ein belangloses Erlebnis.

Von Bruno Vogel.

Mein Freund Karl erzählte:

Es ist ein gänzlich belangloses Erlebnis. Aber es stimmt mich immer traurig, wenn ich daran denke.

Durch irgend einen Zufall war ich in die Versammlung einer deutschvölkischen Jugendgruppe geraten. Ein Greis hockte hinter dem Rednerpult und krächzte über „Das Gebot der Stunde". Mit historischen, kulturpolitischen, biologischen, ethischen und anderen Argumenten bewies er die Unentbehrlichkeit des Krieges und seinen Wert für die Höherentwicklung des Menschengeschlechts. Kräftiger Beifall unterbrach oft seine Rede und zeigte, wie geschickt der verdorrte Verführer es verstand, seine jugendlichen Zuhörer zu beeinflussen.

Nach dem Vortrag erschien, zur allgemeinen Verwunderung, ein noch junger Mensch auf der Tribüne.

„Dieser Herr," erklärte der Versammlungsleiter, „wünscht einen Einwand gegen die Ansicht unseres verehrten Führers vorzubringen."

Unwilliges Johlen und empörte Zurufe ließen ahnen, daß die deutschvölkische Jugend diesem Unterfangen ablehnend gegenüberstand.

„Ich bitte, diesen Herrn ungestört sprechen zu lassen, dann werden wir wissen, wie wir uns mit seiner irrigen Meinung auseinanderzusetzen haben."

Der tobende Protest wurde Schweigen, etliche hundert Jungen starrten diesem Herrn mit der irrigen Meinung Haß, Hohn, Verachtung entgegen.

Der begann:

„Nicht weiß ich, ob die vielen Millionen Toten des Weltkriegs der gleichen Ueberzeugung wären wie euer verehrter Führer. Aber sie sind schon lange verfault und haben nichts zu sagen.

Den Lebenden gehört die Welt.

Es war in Polen.

Nacht für Nacht rannten die Russen gegen unsere Stellung an. Meist kurz vor Mitternacht sahen wir sie über den Kamm der Geländewelle im Osten gleich schwarzen Fackeln huschen. Dann flackerten überall die stummen Hilferufe der roten Raketen empor, und schon raste der Hexensabbat der Artilleriegeschosse über uns weg und entzündete 800 Meter vor uns eine funkensprühende Brandung des Verderbens.

Bisweilen zeigte eine Leuchtkugel den Sappenposten, wie nachdrücklich das deutsche Sperrfeuer die Feinde zu Leichen zerhackte.

Nach zwanzig, dreißig Minuten war alles getan.

Das Artilleriefeuer verstummte allmählich, und nur noch vereinzeltes Knallen zielloser Gewehrschüsse oder mißmutiges Klässen eines Maschinengewehrs störte die Stille des Schlachtfeldes.

Bald glühte hinter den feindlichen Linien die Morgenröte eines neuen Tages auf, und die Sommersonne begann, die russischen Sturmwellen der vergangenen Nächte zu stickender Fäulnis zu kochen.

Wenn der Wind von Osten kam, dann mußten wir uns erbrechen und konnten nichts mehr essen, bis er sich wieder drehte. Manchmal brachte er das erschöpfte Winseln verwesender Verstümmelter mit.

Sechzehn Nächte waren so verflossen, die siebzehnte verlief etwas anders, unwesentlich anders.

Der Sturmangriff war gegen ½12 Uhr zusammengebrochen, wie sonst wurde es stiller. Nur ein einziges russisches Geschütz feuerte weiter, in ziemlich regelmäßigen Zeitabschnitten zwischen uns und die feindlichen Gräben — lauter Blindgänger.

Anfangs lachten wir über die vielen Fehlgeburten, aller zwei Minuten eine, dann fiel uns das widerwärtige Kreischen ein wenig auf die Nerven. Es klingt häßlich, gellend, wie manchmal Straßenbahnwagen, wenn sie durch Kurven fahren.

„Verdammt, kann sich die blöde Kanone denn gar nicht beruhigen!"

„Als ob die Idioten nicht wenigstens mal zur Abwechslung ihren Mist wo anders abladen könnten!"

„Zum Verrücktwerden!"

Es wird quälend.

Zwei Minuten vergehen, und wieder das mutheulende Schrillen einer nichtrepierten Granate.

Und wieder lauert das Schweigen.

Und dann: Uiii —

Wie eine aufdringliche, scheußliche Halluzination, die man gern verscheuchen möchte — man weiß genau, daß es nur ein Traumgespenst ist — und die unerbittlich notwendig immer wieder zurückkehrt und das unermüdete Hirn peinigt.

Wir warten, bis die zwei Minuten um sind.

Sie werden immer länger, die Schreie der Blindgänger füllen sie mit sinnloser Furcht.

„Wenn es bloß bald hell werden wollte!

Endlich dämmert der Morgen.

Und wir erkennen, wir erkennen, daß es keine Blindgänger sind, die so kreischen.

Sondern ein Mensch.

Aller zwei Minuten sehen wir ihn, ungefähr 300 Meter vor unserem Drahtverhau.

Aller zwei Minuten schnellt ihn unfaßbare grausame Qual ein Stück über den Boden, wagerecht liegt er einen Augenblick in der Luft, krümmt sich und fällt nieder. Wie Fische auf dem Trockenen. Dabei schreit er so wie Blindgänger.

Aller zwei Minuten sehen wir das.

„Es ist nicht zum aushalten!" flüstert heiser jemand von unserer Bedienungsmannschaft.

Ja, es ist nicht auszuhalten. Wir richten unser Maschinengewehr ein. Alle zwei Minuten schießen wir.

Der ganze Abschnitt feuert auf den armen Russen.

Das Grauen ist kein guter Schütze, erst gegen ¾5 Uhr haben wir ihn getroffen.

Die entsetzliche Zeit der zwei Minuten war vorbei.

Die Augen der deutschvölkischen Jungen, die vorher so fanatisch und haßfroh gefunkelt hatten, waren weicher geworden, nachdenklich oder erschüttert.

Weiter sprach der Herr mit der irrigen Meinung:

„Eine Frage möchte ich an euch richten, ihr Jungens, die ihr noch ein Leben voller Hoffnungen und Werte vor euch habt. Wenn ein jeder von euch genau wüßte, daß er morgen, daß er jemals in seinem Leben so sterben muß, wie jener Russe, hielten ihr dann auch noch den Krieg für das Gebot der Stunde?

Wenn ihr wüßtet — — — — —"

Da zeterte die heisere Krähenstimme des verehrten Führers: „Haut den Schurken!"

Die nun folgende Viertelstunde brachte dem Schurken und mir die Ueberzeugung bei, daß das dort versammelte edle Germanenblut überaus heldenhaft zu prügeln verstand, eine subjektive Empfindung, die durch die Diagnose eines Arztes ihre objektive Bestätigung erhielt.

Wie gesagt, ein gänzlich belangloses Erlebnis. Eigentlich auch nicht verwunderlich, war doch von jeher die Faust der höchste Gipfel des Geistes, und was der Faust nicht gelingt, das tut eine Kugel.

Zwei Erzählungen.

Der Mann mit den weißen Händen.

Der Taglöhner: Wozu kommst du zu uns? Was suchst du hier? Du gehörst nicht zu uns! . . . Mach, daß du fortkommst!

Der Mann mit der weißen Hand: Ich gehöre zu euch!

Der Taglöhner: Wieso gehörst du zu uns? Schau dir einmal meine Hände an. Siehst du, wie schmutzig sie sind! Und wie sie nach Mist und Teer riechen, aber deine Hände sind weiß. Wonach riechen sie denn?

Der Mann mit der weißen Hand (Hände vorstreckend): Riech einmal.

Der Taglöhner (an dessen Händen riechend): Sie scheinen nach Eisen zu riechen.

Der Mann mit der weißen Hand: So ist es. Sie haben sechs Jahre lang Fesseln getragen.

Der Taglöhner: Weshalb denn?

Der Mann mit den weißen Händen: Weil ich mich um euer Wohl gekümmert habe . . . weil ich euch rohe, unwissende Menschen befreien wollte, mich euren Bedrückern widersetzte und aufwiegelte . . . Natürlich wurde ich eingesperrt.

Der Taglöhner: Eingesperrt? Wie darf man denn aber aufwiegeln?

— — — — — — — — — — — — — —

(Zwei Jahre später.)

Der Taglöhner (im Gespräch mit einem zweiten): Höre mal, Peter! Erinnerst du dich noch an den Weißhändigen, mit dem du dich vor zwei Jahren unterhalten hast?

Der zweite Taglöhner: Ich erinnere mich; warum denn?

Der erste Taglöhner: Er wird heute gehängt; so ein Befehl ist erschienen.

Der zweite Taglöhner: Hat er wieder aufgewiegelt?

Der erste Taglöhner: Ja.

Der zweite Taglöhner: Wie wär's, wenn wir uns den Strick verschaffen würden, mit dem er gehängt wird? Wie man sich erzählt, bringt er etwas Glück.

Der erste Taglöhner: Du hast recht. Man muß es nur versuchen, Brüderchen.

* * *

Hängt ihn!

„Es war im Jahre 1893", erzählte mir mein alter Bekannter; „unweit von Austerlitz. Das Regiment, bei welchem ich als Offizier diente, befand sich in Mähren.

Wir hatten strengen Befehl, die Einwohner in Ruhe zu lassen und sie nicht zu belästigen; betrachteten sie uns doch ohnehin, trotzdem wir ihre Verbündeten waren, scheelen Blickes.

Ich hatte einen Diener namens Egor, der ein Leibeigener meiner Mutter war. Er war ein ehrlicher und gerader Mensch; ich kannte ihn von Kindheit an und verkehrte mit ihm wie mit einem Freunde.

Da vernahm ich eines Tages in dem Hause, in welchem ich wohnte, lautes Schimpfen und Schreien. Meiner Wirtin waren zwei Hühner gestohlen worden und sie beschuldigte meinen Diener des Diebstahls. Er verteidigte sich und rief mich zum Zeugen an. „Es ist ausgeschlossen, daß er, Egor Awiamanow, sie gestohlen hat!" Ich suchte die Wirtin von Egors Rechtschaffenheit zu überzeugen, aber sie wollte mich gar nicht anhören.

Plötzlich klang von der Straße her Pferdegetrappel: der Oberkommandierende kam in eigener Person mit seinem Stab vorbei.

Er schritt im Schritt; dick und mürrisch, mit finsterem Blick und herabhängenden Epauletten saß er auf seinem Pferde.

Als ihn die Wirtin erblickte, warf sie sich vor seinem Pferde auf die Knie und begann sich mit aufgelösten Haaren über meinen Diener zu beklagen, wobei sie in einemfort mit den Händen auf ihn zeigte:

„Herr General!" schrie sie. „Eure Exzellenz! Helfen Sie mir! Retten Sie mich! Dieser Soldat hat mich bestohlen!"

Egor stand im Haustor in strammer Haltung, die Brust herausgestreckt, die Hacken zusammengeschlagen, wie eine Schildwache, aber kein Laut kam über seine Lippen.

War es, weil der ganze Generalstab mitten auf der Straße halten blieb oder vor Schrecken über das plötzlich über ihn hereingebrochene Unheil, genug an dem, Egor stand da wie festgebannt, kreideblaß und blinzelte mit den Augen.

Der Oberkommandierende warf ihm einen zerstreuten, zornigen Blick zu und brüllte zornig: „Nun?"

Egor stand wie angewurzelt und zeigte die Zähne! Sah man ihn von der Seite an, konnte man glauben, er lachte.

„Hängt ihn!" sagte der General im abgerissenen Ton, gab dann dem Pferde die Sporen und ritt davon, erst langsam, im Schritt, dann immer schneller. Der ganze Stab folgte ihm; nur ein Adjutant wendete sich im Sattel um, Egor einen flüchtigen Blick zuwerfend.

Der Befehl mußte vollzogen werden. Egor wurde ergriffen und ins Gefängnis geworfen.

Da war er ganz gebrochen und er stammelte mühsam vor sich hin: „O Gott, o Gott!" und dann mit weinerlicher Stimme „Gott weiß es, ich war es nicht . . !"

Er weinte bitterlich, als er von mir Abschied nahm. Ich war ganz verzweifelt „Egor Egor!" schrie ich, „warum hast du es denn nicht dem General gesagt?"

„Gott weiß es, ich war es nicht!" wiederholte schluchzend der Arme.

Die Wirtin war außer sich. Auf diesen schrecklichen Ausgang war sie nicht gefaßt gewesen, und sie begann nun auch ihrerseits zu heulen . . . Sie bat alle Welt, ihn zu schonen, versicherte, daß sich die Hühner wiedergefunden hätten, und sie wollte die ganze Sache aufklären . . .

Aber alles hat nichts genützt: Militär, Kriegsordnung, Disziplin! Und die Wirtin jammerte lauter und lauter . . .

Egor, der dem Geistlichen bereits gebeichtet hatte, wendete sich an mich:

„Sagen Sie ihr, Herr, sie soll es sich nicht so zu Herzen nehmen. Ich habe ihr bereits verziehen . . ."

Und indem mein Bekannter diese letzten Worte seines Dieners wiederholte, flüsterte er: „Egorushko, mein Täubchen, du Heiliger!" — und die Tränen rannen ihm über seine gefurchten Wangen.

(Von Turgenjeff. Uebertragen von Grete Neufeld.

Der erste Ansturm auf den Everest abgeschlagen.

„Das Ende des ersten Ansturms findet uns entmutigt, aber durchaus nicht besiegt. Mit diesem Ergebnis schließt Oberstleutnant E. F. Norton den ersten Bericht, den er der „Times" über den neuen Versuch, den höchsten Gipfel der Erde zu bezwingen, macht. Der alte Riese wehrt sich wacker und hat den Angreifern mit furchtbaren Schneestürmen, grausiger Kälte und allen möglichen Wetterunbilden hart zugesetzt. Die erste Aufgabe bestand darin, von dem Hauptlager im Rongbaktal über Lager Nr. 1 bis zu den Lagern 2 und 3 und eventuell bis zum Lager 4 auf der Höhe des Nord-Col vorzudringen, von wo dann der eigentliche Anstieg auf den Everest beginnen kann. Zwei Partien mit ausgewählten Trägern wurden abgesandt, um die nötigen Vorräte auf diese Lager zu schaffen. Eine Reserve von 12 Trägern, darunter den zähesten Veteranen der beiden letzten Jahre, blieben unter dem Kapitän Bruce im Hauptlager, um nach Bedarf auch ihrerseits vorzustoßen. „Ich verließ das Hauptlager am 6. Mai," berichtet Norton, „es war ein sehr klarer, kalter Morgen, und ich kam ohne Unfall nach Lager Nr. 2. Eine Abteilung Träger sollte nun nach Lager Nr. 3 vorstoßen, aber die Kälte war so groß und der Wind so stark, daß man sich entschließen mußte, die Vorräte an einer Stelle des Gletschers etwa 1½ Kilometer unterhalb des Lagers zu lassen. Ein jammervoller Anblick bot sich, als die Träger, die nach dem Lager Nr. 3 vorgestoßen waren, nach Lager Nr. 2 zurückkehrten. Sie waren vollkommen entkräftet, nachdem sie 48 Stunden in furchtbarster Kälte verbracht hatten, nur mit ihren Decken ausgerüstet und ohne jede andere Nahrung als ein wenig Gerste. Sie hatten die andere Partie, die vorher hatte umkehren müssen, auf Lager Nr. 3 treffen sollen und eine furchtbare Zeit in Erwartung der anderen verbracht, da sie auf die Vorräte jener angewiesen waren. Wir hielten auf Lager Nr. 2 einen kurzen Kriegsrat und fanden es bei diesen ungewöhnlich schlechten Wetterverhältnissen für nötig, uns zum Rückzug zu entschließen. Die erste Partie sollte dann nach Lager Nr. 2 emporsteigen, wenn sie sich erholt hatte, und die zweite Partie ohne Lasten bis zu der Stelle begleiten, wo die Vorräte auf dem Gletscher zurückgelassen waren. Dann sollten beide Trägertruppen vereint versuchen, das Lager Nr. 3 zu erreichen." Der neue Vorstoß nach Nr. 3 wurde von Bruce selbst geleitet, den Norton und Mallory begleiten.

„Auf dem Wege begann ein Schneesturm, der 46 Stunden dauerte," berichtet Norton weiter. „Genau genommen, dauerte der Schneesturm nur etwa 24 Stunden, aber die anderen 24 Stunden waren gleich schlimm oder noch schlimmer. Der Wind verstärkte sich, als der Schnee aufhörte, und trieb die frischgefallenen, puderartigen Schneemassen in ungeheuren Wirbelwolken vor sich her, so daß diese Schneewirbel bei der grimmigen Kälte noch schrecklicher waren als der Schnee selbst. Auf Lager Nr. 3 angekommen, fanden wir am Morgen des 10. Mai die Zelte mit Schneemassen gefüllt. Die schlimme Kälte tat das ihre, und der zweite Trupp von Trägern war nun in demselben Zustand der Erschöpfung, in dem der erste drei Tage vorher gewesen war. Es blieb nichts anderes übrig als Rückzug, Rückzug nach dem Hauptlager, um uns einige Tage Ruhe zu verschaffen, bevor ein frischer Ansturm unternommen würde. Bruce leistete Bewunderungswürdiges, indem er in der Mitte des Lagers, umheult vom Sturm, den Abbruch der Zelte anordnete und es erzielte, daß, obwohl man im Orkan kaum stehen konnte, die Zelte abgebrochen und in Säcke verpackt wurden.

Der 60jährige Richard Strauß.

Halten wir Umschau im weiten Land: seit Richard Wagner hat kein deutscher Musiker einen solchen Theatererfolg gehabt, wie Richard Strauß. Zwar war auch er einmal Wagner-Epigone im „Guntram". Aber er blieb es nicht, und sein Heil kam auch nicht aus Italien, wo Puccini den Welt-Ton der Oper angab. Mit der „Salome" stellte er sich 1905 als ein ganz Eigener und Eigenartiger auf den Boden moderner, reizsamer, nervöser Musik. Diesen Ton der Zeit hat er beibehalten, er hat ihn mit berauschenden Steigerungen der Mittel und mit verblüffender Ausnutzung des Orchesterkoloritis zu einem besonderen Klange geführt. Es gibt keinen Orchester-Virtuosen wie ihn, keinen, der Stimmungen, Affekte, Leidenschaften mit so spannenden, aufrührenden, heißblütigen Noten nachzuzeichnen vermag. Seine Partitur ist nicht immer ein Muster von Oekonomie und niemals ein Vorbild für Beschränkung auf das Notwendigste. Aber die Welt um die Jahrhundertwende wollte die Einfalt nicht. Sie liebte den Prunk des Klingens, das mitreißend Strahlende, ja sogar den Bluff. In alledem war und ist Strauß ein Riese. Was er schreibt ist gekonnt bis in die delikatesten Finessen, bewußt und geistreich, sinnlich und wirkend. Die „Electra" ist die Opernkrone der nachwagnerschen Zeit. Die Ekstase dieser Musik, das wühlend Aufbegehrende, hat Charakter, und das antike Pathos der Orest-Szene wird bleiben alle Zeit. Auch die Lieblichkeit des „Rosenkavaliers", sein tändelnd leichter Gang und das Glitzern der Rose, die komischen Partien der in der Anlage verfehlten „Ariadne", Werk auf Werk bis in die Kompliziertheit der gelehrten Märchenwelt in „Die Frau ohne Schatten", die eine Fortführung der „Zauberflöte" bedeuten sollte, aber an ihrem dickflüssigen Texte scheitert, bis in die leichtgeschürzte Muse des Balletts aus jüngerer Zeit. Vor 20 Jahren die „Salome" — das war ein genialer Wurf. Alles andere Nachkommende seiner selbst, ohne Trieb zur Entwicklung. Unsere Zeit ist über Straußens Opernideal hinausgeschritten oder weit hinter seine Anfänge zurückgekehrt. Händel und Mozart so heißen die Ideale der Zukunft.

Als Sinfoniker ist Strauß im Konzertsaal heimisch geworden wie nur Mahler. Auch hier, wo er Programm-Musiker, im Stile Berlioz's und Liszt's blieb, waren seine früheren Werke die reifsten. „Don Juan", „Till Eulenspiegel", „Zarathustra", „Heldenleben", „Tod und Verklärung" — Musik leuchtender Farben, kühnen Temperaments, satter Einfälle auch ohne jeden Beigeschmack des Nur-Illustrierens, des Darstellens äußerer Vorgänge. Dem Weltbürger Strauß lag es nicht, aus seinem reichen Material heraus zu bauen, zu entwickeln, der Form gehorsam zu sein. Ein Stückchen literarische Unterhaltung haftet an allen seinen Werken, die Tiefe wird nicht frei, aber die Oberfläche ist immer interessant, immer elegant, immer mit überlegender Geste, großstädtisch, großartig, mit pomphaftem Schwunge gemeistert. Ein Erfinder von Begabung, ein Gestalter, der mehr den Effekt liebt als die grundhafte Logik. Ein fesselnder, urmusikantischer, das Detail liebevoll umarmender Meister. Auch hier wieder in den letzten Jahren der Aufstieg zum Konventionellen, nur mehr Kunsthandwerklichen; Sinfonia Domestika, Alpensymphonie.

Der neuen Musik gegenüber verhielt Strauß sich fremd. Er brauchte ja in seine gründlich erlernte, wundersam gepflegte Sprache keine fremden Akzente. Es wäre diesem großen Techniker ein leichtes gewesen, gerade hier mit der Zeit zu gehen. Aber es ist besser, daß er das Odium auf sich nahm, nunmehr eine historische Persönlichkeit zu sein, ohne weitere Zukunft. Was in Deutschland heute Musik macht und treibt, blickt auf Strauß als den überragenden Lehrmeister. Er hat seinen Stil gefunden in reichem blühenden Werk. So ragt er in die schäumenden, planlos rauschenden, gar zu lauten Wellen modernster Musik hinein, wie ein Fels in der Brandung. Und wenn dieses Schein-Meer ausgetrocknet ist, wird man wissen, wie groß Richard Strauß als Schöpfer war. Nur mit dem Blick auf ein kommendes Jahrhundert darf Kritik diesen längst in sich vollendeten Meister grüßen. Seiner Zeit hat er als genialer Musiker im packenden Werke Genüge getan. Eine andere Zeit wird sein, die noch keiner lebt und wirkt in Deutschland, der den Lorbeerkranz von dem Kopfe dieses großen Musikanten gerissen hätte.

Die freie Gewerkschaft

Beilage für Gewerkschaften und Betriebsräte

Die sechste Internationale Arbeitskonferenz.

Die sechste Internationale Arbeitskonferenz wird am 16. Juni dieses Jahres in Genf zusammentreten und es scheint angezeigt, einen Blick auf ihre Verhandlungsgegenstände zu werfen. Vorher soll bemerkt werden, daß die Einrichtung der Konferenz das Ergebnis der Bestrebungen zu internationalem Zusammenwirken auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes darstellt, deren Anfänge mehr als ein Jahrhundert zurückliegen. Das Aufkommen und die Ausdehnung des modernen Wirtschaftsbetriebes hat gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter erforderlich gemacht. Werden solche Maßnahmen aber nicht allgemein ergriffen, sondern nur von einzelnen Staaten, es können diese wegen der damit verbundenen Lasten im Wettbewerb auf dem Weltmarkte mindestens zeitweise in Nachteil geraten. Die Staaten, welche auf die Wohlfahrt der Arbeiterklasse bedacht sind, sehen sich deshalb vor die Notwendigkeit gestellt, ihrer Sozialpolitik Schranken zu setzen. Das gab Anlaß, nach einem Auswege zu suchen, um zugleich den Interessen der Wirtschaft und jenen der Arbeiterschaft gerecht werden zu können. Mit der Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation wurde dieser Weg gefunden. Gegenwärtig gehören ihr 56 Staaten als Mitglieder an; die einzigen wirtschaftlich bedeutenden Staaten, die noch ferne stehen, sind Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Einrichtungen der Internationalen Arbeitsorganisation sind die aus Abgesandten der Mitgliedsstaaten gebildete Konferenz und das Internationale Arbeitsamt. Jeder Mitgliedsstaat kann 4 Delegierte zur Konferenz entsenden; von ihnen vertreten zwei unmittelbar die Regierung und je einer vertritt die Unternehmer- und die Arbeiterorganisationen. Die Konferenz kann zweierlei Arten arbeitsrechtlicher Beschlüsse fassen, nämlich Entwürfe internationaler Uebereinkommen, die, um wirksam zu werden, der Ratifikation bedürfen, sowie Vorschläge für die innere Gesetzgebung der Mitgliedstaaten, womit das Zustandekommen sachlich übereinstimmender sozialpolitischer Reformen ohne vertragsmäßige Bindung erstrebt wird. Bisher sind bereits über 30 derartige sozialpolitische Maßnahmen von den Arbeitskonferenzen beschlossen worden.

Auf der bevorstehenden sechsten Konferenz werden folgende Gegenstände behandelt werden:

1. Die Nutzung der Freizeit der Arbeiter.
2. Die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter bei Entschädigung von Arbeitsunfällen.
3. Die 24-stündige wöchentliche Ruhezeit in Glasfabriken mit Wannenöfen.
4. Die Nachtarbeit in Bäckereien.

Die Frage der Nutzung der Freizeit ergibt sich im Zusammenhang mit der Beschränkung der Arbeitszeit. Ueberall, wo der Grundsatz des Achtstundentages durchgeführt wurde, war einer der Anlässe für die Verkürzung der Arbeitsdauer das Bestreben, den Arbeitern genügend freie Zeit zu sichern. Eine zweckmäßige Nutzung der freien Zeit ist nun aber sowohl im Interesse der Allgemeinheit wie im besonderen Interesse der Arbeiter gelegen, und jedliches Bemühen in dieser Richtung kann nur zur Hebung der Allgemeinkultur beitragen. Deshalb ist auch der erste Verhandlungsgegenstand der kommenden Konferenz höchst wichtig. Doch ist nicht etwa beabsichtigt, einen Versuch zu machen, die Staaten in Form eines internationalen Uebereinkommens zu verpflichten. Dazu sind die Verhältnisse von Land zu Land zu sehr verschieden. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts empfiehlt der Konferenz lediglich, allgemeine Grundsätze für den Erlaß nationaler Gesetze oder deren Vervollkommnung zu bestimmen.

Mit dem Problem der Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeiter hat sich bereits die erste Internationale Arbeitskonferenz zu Washington im Jahre 1919 befaßt, welche einen Vorschlag annahm, der dahingeht, die Mitgliedstaaten mögen den auf ihrem Gebiet ansässigen fremdnationalen Arbeitern und deren Familienmitgliedern die gleichen Vorteile des Arbeiterschutzes gewähren, die den eigenen Staatsangehörigen zustehen. Dieselbe Konferenz nahm in den Entwurf eines Uebereinkommens betreffend die Arbeitslosigkeit die Bestimmung auf, daß unter gewissen Voraussetzungen den fremdnationalen Arbeitern Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sei. Diesen Maßnahmen soll nun eine Regelung in der Frage der Unfallentschädigung ausländischer Arbeiter folgen.

Die Frage des wöchentlichen Ruhetages in Glasfabriken mit Wannenöfen wurde auf Veranlassung der französischen Regierung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt. Die Verwendung von Wannenöfen gestattet ununterbrochenen Betrieb, aber die Einführung eines Wochenruhetages wäre dennoch möglich, es müßte nur während desselben die Heizung weitergehen, ohne daß gearbeitet wird, wodurch die Erzeugung verteuert würde. Die französische Regierung sagt deshalb in ihrer Begründung des Vorschlages, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nur durch internationales Uebereinkommen zwischen den verschiedenen Produktionsländern geregelt werden kann, und die Internationale Arbeitsorganisation sei somit berufen, sich mit der Sache zu befassen. Wenn die Konferenz einen Uebereinkommensentwurf beschließt, so bedeutet das für die Beteiligten Arbeiter eine sehr weitgehende Reform. Es würde damit nicht nur ermöglicht, daß die Arbeiter der Glasfabriken mit Wannenöfen allwöchentlich ihren freien Sonntag haben, sondern auch, daß bei Dreischichtbetrieb die wöchentliche Arbeitsdauer von 48 Stunden erreicht wird.

Die letzte Frage der Tagesordnung betrifft die Nachtarbeit in den Bäckereien. Sie wurde schon anläßlich der dritten Tagung der Konferenz (1921) aufgeworfen, indem 12 Regierungs- und Arbeiterdelegierte einen darauf bezüglichen Antrag stellten. Der Verwaltungsrat des Arbeitsamts wurde damals beauftragt, das Nachtarbeitsverbot für Bäckereien zu studieren und über die Ergebnisse einer der nächsten Konferenzen zu berichten. Der Verwaltungsrat vertritt die Auffassung, daß das Nachtarbeitsverbot unbestreitbar einen sozialpolitischen Fortschritt bedeuten würde, daß aber eine derartige Reform, wenn sie nicht mit Vorsicht durchgeführt wird, die Gefahr ernster Gegnerschaft heraufbeschwören und selbst den beabsichtigten Zweck verfehlen kann. Es scheint schwer, zu einer allgemein gültigen Regelung zu kommen, ohne Uebergangsmaßnahmen vorzusehen, die eine langsame Anpassung der Gepflogenheiten des Publikums und eine fortschreitende Umgestaltung der Betriebseinrichtungen ermöglichen.

Das sind die verschiedenen Fragen, mit welchen sich die Internationale Arbeitskonferenz zu beschäftigen haben wird. Sie sind für alle Länder wichtig, und die Verhandlungen der Konferenz müssen deshalb aufmerksam verfolgt werden.

Arbeitszeit-Verräter.

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zetern und schreien die Anhänger Moskaus über den Verrat der „Reformisten" in den Gewerkschaften. Besonders versuchen sie in der Frage des Achtstundentages die Sünden der „Gewerkschaftsbureaukraten" zu beweisen, um ihren Radikalismus in um so glänzenderem Lichte erstrahlen zu lassen. Daß sich das Verhalten ihrer Gesinnungsfreunde in der Praxis in den wenigsten Fällen mit diesen hochtönenden Worten in Einklang bringen läßt, ist schon oft bewiesen worden. Trotzdem setzen sie ihre Angriffe gegen die Gewerkschaften unentwegt fort.

Vor einigen Tagen brachte die „Sächsische Arbeiterzeitung" einen Aufruf an die Arbeiterschaft der Lederwaren-, Reise- und Sportartikelindustrie innerhalb des Offenbacher Vertragsgebietes (Westdeutschland). Darin macht man für die bevorstehende „Beseitigung des Achtstundentages" in dieser Industrie den geringen Widerstand der reformistischen Tarifverhandlungsteilnehmer aus den einzelnen Bezirken gegenüber den Verschlechterungsgelüsten der Unternehmer verantwortlich. Man verschweigt aber, daß gerade am Hauptorte der Lederwarenindustrie, in Offenbach, wo die kommunistische örtliche Verbandsleitung nach eigenen Aussagen alle Berufsangehörigen so fest in ihrer Gewalt hat, daß es nur eines Winkes bedürfe, um sie geschlossen in Aktion treten zu lassen, seit Monaten von einer achtstündigen Arbeitszeit kaum mehr die Rede sein kann. Dort sind, obwohl der nunmehr zu Ende gehende Tarifvertrag die Leistung von Ueberstunden ausdrücklich von der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung abhängig machte, Ueberschreitungen der Normalarbeitszeit festzustellen, die selbst von Vertretern der Industrie als reichlich bezeichnet wurden. Daß dieses böse Beispiel bei den Tarifverhandlungen in Forderungen der Industrie nach allgemeiner Verlängerung der Arbeitszeit Widerhall fand, ist erklärlich. Entgegen der scharf und unzweideutig präzisierten Einstellung verschiedener „reformistischer" Bezirksvertreter, von den bisherigen Ueberzeitbestimmungen des Vertrages unter keinen Umständen abzugehen, betrachteten die kommunistischen Offenbacher Delegierten gewisse Konzessionen hinsichtlich vorübergehender Verlängerung der Arbeitszeit als notwendig. Dieselben Vertreter haben dann auch im Tarifamt als Beisitzer einem Vertragsentwurf ihre Zustimmung gegeben, der die Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 53 Stunden wöchentlich vorsieht und die Verweigerung dieser Mehrarbeit verbietet.

Man sieht also auch hier wieder, daß trotz der schönsten Reden auch die radikalsten Gewerkschafter bei Verhandlungen mit dem Unternehmertum sich auf den Boden der realen Tatsachen stellen, ja sogar, wie hier dargetan, zu Konzessionen bereit sind, die von sogenannten Verrätern abgelehnt werden. Den in der Lederwarenindustrie Beschäftigten möge dies Anlaß sein zum Nachdenken über die Interessenvertretung durch sogenannte Ueberradikale, die gern andere verantwortlich machen für Zustände, die sie selbst mit verschuldet haben. Möge allerwärts die entsprechende Nutzanwendung daraus gezogen werden!

Die Auskunfterteilung des Internationalen Arbeitsamtes.

Das Internationale Arbeitsamt leistet mit der Beschaffung sozialpolitischer Auskünfte wertvolle Dienste. Im Jahre 1923 wurden 323 Anfragen ausführlich beantwortet, wobei vielfach Erhebungen über mehr als eine Frage erforderlich waren. Unter den Auskunftsuchern waren Regierungen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Universitäten, Bibliotheken, philantropische und andere Institute folgender Länder: Australien, Belgien, Canada, China, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Indien, Italien, Japan, Lateinamerika, Lettland, Litauen, Neuseeland, Norwegen, Oesterreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn, Vereinigte Staaten, Jugoslawien. Die größte Zahl von Anfragen um Auskunft kamen aus Großbritannien (50), der Schweiz (37), Belgien (34), Frankreich (33), Deutschland (20), Italien (20) und der Tschechoslowakei (16). Die Gegenstände, die die Anfragen betrafen, waren Arbeitsverhältnisse (einschließlich Arbeitszeit und Löhne), Berufsausbildung, Lehrlingswesen, Berufsberatung, Sozialversicherung (einschließlich Arbeitslosenversicherung), Arbeitshygiene und Gefahrversicherung, Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung sowie Auswanderung. Die Erteilung von Auskünften an Regierungen ist von besonderer Bedeutung; denn diese Angaben werden vielfach für Zwecke der sozialen Gesetzgebung und Verwaltung gebraucht.

Aufhebung des Kündigungsschutzes der Betriebsratsmitglieder.

Bekanntlich spricht der § 96 des Betriebsrätegesetzes ausdrücklich den Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder aus. Wörtlich heißt es: „Zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Mitgliedes einer Betriebsvertretung oder zu seiner Versetzung in einen anderen Betrieb bedarf der Arbeitgeber der Zustimmung der Betriebsvertretung." Vor einigen Tagen fand vor dem Arbeitsgericht Mannheim eine Verhandlung unter dem Vorsitz des bekannten Mannheimer Arbeitsrechtlehrers Professor Erdel statt. Einem Mitglied des Betriebsrates der Süddeutschen Diskontogesellschaft Mannheim war per 1. Juli angeblich wegen Abbaus gekündigt worden. Der Betriebsrat hat der Kündigung aus grundsätzlichen Bedenken die Zustimmung versagt. In der Verhandlung erklärte Professor Erdel, daß das Versagen der Zustimmung des Betriebsrats zur Kündigung des Betriebsratsmitgliedes aus grundsätzlichen Erwägungen heraus unter keinen Umständen stichhaltig sei. Er sagte wörtlich, daß der Abbau vor einem Mitglied des Betriebsrates keineswegs halt mache. Die Betriebsräte unterliegen dem Abbau genau so wie jeder andere Arbeitnehmer unter der Voraussetzung, daß der Abbau des betreffenden Betriebsratsmitgliedes in normalem Rahmen erfolgt. Diese Entscheidung ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Sie hebt tatsächlich den Kündigungsschutz der Betriebsratmitglieder auf und ist ein weiterer Beweis dafür, wie systematisch der Abbau die Rechte des Betriebsräte und damit der Betriebsräte überhaupt erfolgt.

Schadenersatz für Nichtbefolgung eines Streikbeschlusses.

Ein interessantes Gerichtsurteil teilt das Industriellenblatt „Journee industrielle" aus Lyon in Frankreich mit. Dort hatte eine Anzahl von Tüllarbeitern trotz des auf Streik lautenden Beschlusses der Generalversammlung der Gewerkschaft, der sie angehörten, weiter gearbeitet. Die Gewerkschaft klagte gegen diese Mitglieder auf Schadenersatz wegen des Schadens, den ihre Haltung den übrigen Kollegen zugefügt habe.

Das Gericht entsprach dem Antrage, und verurteilte die Arbeitswilligen zu Schadenersatz mit der Begründung, daß der Beitritt zu einer Gewerkschaft, der jedem frei steht, die Unterordnung unter ihre Satzung und Generalversammlungsbeschlüsse bedingt, daß jede Verletzung der übernommenen Vertragspflichten Anspruch auf Schadenersatz begründet, daß diese Grundsätze dem Gericht der heutigen Sozialgesetzgebung entsprechen, und daß die Haltung der Beklagten unbestritten sowohl das Ansehen wie die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften geschwächt und durch Verhinderung der Einigkeit der Arbeiter den Widerstand der anderen Seite gestärkt und damit zur Verlängerung des Konflikts beigetragen habe.

In Deutschland leihen die Gerichte dem Geschrei der Unternehmer nach Schutz der Arbeitswilligen nur allzu gerne ihr Ohr. Der Fortschrittsgeist derselben in Frankreich kann ihnen Vorbild sein.

Die neue Gewerkschaftsbank.

In diesen Tagen tritt in Berlin ein Institut ins Leben, das „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Aktiengesellschaft" firmiert. Sie ist eine Gründung der freien Gewerkschaften, Angestellten und Beamten und geht aus der „Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H." hervor. Diese war im Frühjahr 1923 gegründet. Sie sollte gewissermaßen die Vorarbeit leisten, um desto gesicherter auf einer breiteren Basis später beginnen zu können. Die Stabilisierung des deutschen Geldes gab die Möglichkeit, jetzt an die Errichtung der längst geplanten Arbeiterbank heranzugehen.

In der Gründung eines mit allen Erfordernissen der Neuzeit ausgestatteten Bankinstituts folgte die deutsche Arbeiterbank dem Beispiel anderer Länder. So entstanden in Amerika Banken, die eine schnelle Aufwärtsentwicklung verzeichnen konnten. Bekannt sind die Erfolge der Bank der Lokomotivführer und die der Maschinenbauer, die heute in den Vereinigten Staaten allgemeine Beachtung finden. Dadurch, daß die Farmer den neuen Arbeiterbanken in Amerika ihre Unterstützung angedeihen ließen, konnten sie über Mittel verfügen, die ihnen sogar größere industrielle Transaktionen gestatteten. In Europa sehen wir in der österreichischen Arbeiterbank A.-G. ein nachahmenswertes Beispiel. Dort stand den Leitern dieses Arbeiterinstituts keine überaus reiche und gesättigte Volkswirtschaft zur Seite. Der verlorene Krieg und vor allem die Inflation hatten tiefe Furchen gezogen und Zustände hinterlassen, die für Experimente wenig geeignet waren. Und trotz allem hat die Arbeiterbank in Oesterreich gut zu arbeiten vermocht. Die dortige Arbeiter- und Beamtenschaft hat sich in ihr eine vorzügliche Waffe im Tageskampf geschaffen. Entsprechend der Einigkeit der dortigen Arbeiterschaft, konnte sie zu einem alles umfassenden Institut werden, was überdies durch die Errichtung von Filialen in den Provinzstädten zum Ausdruck kam.

Die deutsche Arbeiterschaft konnte also die Notwendigkeit und Nützlichkeit derartiger Einrichtungen an den Beispielen anderer Länder studieren. Aber auch ein flüchtiger Ueberblick über die Vielseitigkeit der deutschen Arbeiterbewegung ließ ein modernes Finanzinstitut schon lange vermissen. Und so konnte die Gründung eines solchen nur eine Frage der Zeit sein.

Um das Tätigkeitsfeld der deutschen Arbeiterbank zu überblicken, genügt eine kurze Betrachtung der Arbeiterbewegung überhaupt. Die freien Gewerkschaften, als die geschlossenste Gruppe, dürften heute einen Mitgliederbestand von sechs Millionen haben. Die Angestellten und Beamten haben durch die mißlichen Verhältnisse wie die Gewerkschaften an Mitgliedern verloren. Wenn man beide Gruppen zusammennimmt, dann dürften 2½ Millionen herauskommen. Die hier genannten drei Teile der deutschen Arbeiterbewegung verfügen mithin über eine Mitgliederzahl von 8 bis 9 Millionen. Trotz allem ein Machtfaktor von ansehnlicher Stärke. Ueber die gegenwärtige Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Schätzungen anstellen zu wollen, wäre unmöglich. Immerhin kann auch hier noch mit einer Ziffer, die Beachtung verdient, gerechnet werden. Wenn das Geld der vorgenannten Korporationen restlos der Arbeiterbank zur Verfügung gestellt wird, so dürften immerhin relativ große Summen in Frage kommen. An den Verhältnissen des letzten Friedensjahres gemessen, ergibt sich folgendes Bild: Die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften hatten 1913 eine Jahreseinnahme von 82 Millionen Mark. Das Vermögen aller Verbände betrug 88 Millionen Mark. Dies war das finanzielle Bild bei einem Mitgliederbestand von 2½ Millionen Mark. Wenn man heute den um das Dreifache vermehrten Mitgliederbestand annehmen wollte und einigermaßen stabile Geld- und Wirtschaftsverhältnisse voraussetzte, so würde man immerhin zu beträchtlichen Summen kommen, die in den Kassen der Gewerkschaftsbank zirkulieren würden. Hinzu kommen die Parteibetriebe (Verlagsgesellschaften, Buchdruckereien, Tageszeitungen, Korrespondenzbureaus usw.), deren sich in Deutschland eine große Anzahl befinden. Tageszeitungen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei gibt es weit über hundert. Die in der Nachkriegszeit entstandenen Sozialen Baubetriebe, die in Bezirksverbänden gegliedert und im Verband der Sozialen Baubetriebe in Berlin eine Zentrale erhielten, stellen ebenfalls einen nicht geringen Faktor dar. Wurden doch zeitweise von den Sozialen Baubetrieben und ihren Produktionswerkstätten (Ziegeleien, Steinbrüchen, Holzbearbeitung) 20 000 Arbeiter beschäftigt. Dieser flüchtige Ueberblick dürfte das weite Tätigkeitsgebiet der Arbeiterbank klar hervortreten lassen.

Inwieweit es mit den Konsumgenossenschaften zu einer Einigung kommt, ist noch nicht bekannt geworden. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine unterhält eine Bankabteilung, die schon in Friedenszeiten einen großen Umsatz hatte, da fast alle zum Zentralverband Deutscher Konsumvereine gehörenden Genossenschaften bei ihr Girokonten unterhielten. Wenn eine vollständige Verschmelzung der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und der Gewerkschaftsbank nicht erfolgen sollte, dann dürfte eine Interessengemeinschaft mit dem Ziele enger Geschäftsverbindungen am Platze sein. Hinzu kommt noch die von den Gewerkschaften und Genossenschaften 1912 ins Leben gerufene Volksfürsorge A.-G., deren weitverzweigte Versicherungsorgane relativ große Beträge im Lande aufsaugen.

Weitverzweigte Organisationen und Interessenvereinigungen der verschiedensten Art sind es, die die neue Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu befruchten und finanziell zusammenzufassen berufen sein wird. Bei nur einigermaßen stabilen Verhältnissen wird die Sparkraft der in obigen Körperschaften vereinigten Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht gering sein. Diese Gelder an sich zu ziehen, wird die Arbeiterbank bemüht sein müssen. Der Erfolg dürfte hier nicht gering sein. Bei Berücksichtigung aller dieser Umstände braucht man kein großer Prophet zu sein, um die Konturen einer neuen deutschen Großbank erkennen zu können. Auf den Vorteil, daß den Privatbanken und damit der kapitalistischen Wirtschaft große Summen entzogen und der Arbeiterschaft und ihren Organen nutzbar gemacht werden, wollen wir nur verweisen.

Als Kapitaltrust der Arbeit wird die neue Bank in der Lage sein, dem Wirtschaftskampf sowie dem kulturellen Niederschlag der Arbeiterbewegung einen belebenden Impuls einzuhauchen. Und wenn man noch hinzunimmt, daß eine Internationale Arbeiterbank nicht allzulange auf sich warten lassen dürfte, dann eröffnen sich geradezu riesenhafte Perspektiven. Vielleicht nimmt der gegenwärtig in Wien tagende Internationale Gewerkschaftskongreß bereits zu diesem Problem Stellung. Wie sagte doch der Marschall Tribulzio: „Zum Kriegführen sind drei Dinge notwendig: Geld, Geld und nochmals Geld!" Wann haben diese Worte größere Geltung gehabt, als im sozialen Kampf der Gegenwart, wo die Arbeiterarmeen den durch Krieg und Inflation gestärkten Kapitalsmächten gegenüberstanden?